

Inhalt



Borocotó
Meinung 3

Straße (fast)
bis Moconá
Ausflüge & Reisen 5

Gestiegene
Arbeitslosigkeit
Wirtschaftsübersicht 10

Korruption
und Wirtschaft
Wirtschaftsübersicht 11

Rubriken
Personalnachrichten 7
Wirtschaft 7-11

Argentinisches Tageblatt

Sonnabend, 28. November 2009

120. Jahrgang Nr. 31.747

Cristina unterstützt Palästinenser-Staat

Mahmud Abbas in Buenos Aires / Stärkeres US-Engagement gefordert

Buenos Aires (AT/mc/dpa) – Für Präsidentin Cristina Kirchner steht derzeit das Thema “Nahost-Konflikt” auf der Agenda. In der Vorwoche hatte sie ihren israelischen Amtskollegen Schimon Peres zu Gast. Nun war mit Mahmud Abbas der Präsident der palästinensischen Autonomiegebiete in Buenos Aires – empfangen mit allen protokollarischen Ehren, als hätten die Palästinenser bereits einen souveränen Staat. In der Pressekonferenz sprach Cristina von der “Notwendigkeit”, einen palästinensischen Staat in sicheren Grenzen zu schaffen, wie es auch die internationale Gemeinschaft fordere. Gleichzeitig wünsche sich die Präsidentin ein stärkeres Engagement von US-Präsident Barack Obama: “Die USA könnten mehr tun als das, was sie derzeit machen.”

Auch Abbas, der sich für die Argentinien wohlwollende Haltung seinem Volk gegenüber bedankte,

wünschte sich eine aktivere Rolle der Vereinigten Staaten. Diese sollten mehr Druck auf Israel ausüben, damit es seinen Verpflichtungen aus der so genannten Road Map nachkomme. “Bisher tut er nichts”, (...) “aber wir hoffen, dass er in der Zukunft eine aktivere Rolle übernehmen wird”, sagte er gegenüber der Zeitung “Clarín”. Abbas unterstrich, dass das palästinensische Volk keine neue Intifada plane, sondern sich für den Weg des Friedens entschieden



Cristina Kirchner mit Mahmud Abbas in der Casa Rosada.

habe. Gleichzeitig forderte er Israel auf, den Bau neuer jüdischer Siedlungen auf palästinensischem Gebiet zu stoppen und sich auf die Grenzen von 1967 zurückzuziehen. Cristina lobte in diesem Zusammenhang Obamas Kairo-Rede, in der dieser den jüdischen Siedlungsbau als Hindernis für den Friedensprozess bezeichnet hatte.

Cristina und Abbas waren sich einig, dass es zuletzt Rückschläge im Friedensprozess gegeben habe. Die Präsidentin kritisierte in diesem Zusammenhang die Extremisten auf beiden Seiten, die sich gegenseitig bräuchten, um weiter bestehen zu können. Auch Cristina plädierte dafür, wieder zur “Road Map” zurückzukehren, in der sich beide Seiten auf einen Weg zum Frieden verständigt hatten.

Erste Station von Abbas’ Südamerikareise war zuvor Brasilien, wo der Palästinenser-Präsident die Hoffnung äußerte, dass Brasiliens Präsident Luiz Inácio Lula da Silva eine Vermittlerrolle im Nahostkonflikt übernehmen werde. “Er könnte das machen, weil er zu beiden Seiten gute Beziehungen hat”, sagte Abbas, der bei den Wahlen 2010 nicht mehr an-

treten will. Nach den Besuchen in Brasilien und Argentinien setzte Abbas seine Tour in Chile fort, um auch dort für die palästinensische Position zu werben.

Turbulente Zeiten für Macri

Stadtchef räumt Fehler ein und
liegt weiter mit Kirche im Clinch

Buenos Aires (AT/mc) – Stürmische Zeiten für Mauricio Macri, den Regierenden Bürgermeister von Buenos Aires. Zum einen ist er in der “Spionage-Affäre” und die Rolle seines ehemaligen Polizeichefs Jorge “Fino” Palacios in der Defensive. Zum anderen bleibt als



CD Rom / Touch-Screen
Web / Video Digital
3D / Animaciones

(5411)4703-5509

www.multimedia.com.ar

Folge seiner Haltung zur Homo-Ehe auch sein Verhältnis zur katholischen Kirche gespannt.

“Wir haben einen Fehler begangen, als wir Palacios einsetzten”, meinte Macri in einer Pressekonferenz. Zwar habe Palacios “die besten Referenzen” gehabt. Doch habe man das konfliktreiche Potenzial unterschätzt, das die Bestellung des ehemaligen Bundespolizisten zum Chef der neuen Stadt-Polizei geborgen habe, erläuterte der Regierende Bürgermeister. Palacios wird verworfen, im Zusammenhang mit den Ermittlungen zum AMIA-Bombenattentat Verdunklung und Unterschlagung von Beweisen vorgeworfen. In der gegenwärtigen Abhör-Affäre wurde Palacios nun aufgrund seiner Kontakte zu “Spion” Ciro James festgenommen. Dieser hörte das Telefon von Sergio Burstein, dem Vorsitzenden der Angehörigen der AMIA-Anschlagopfer, sowie weiterer Personen illegal ab (wir berichteten).

Macri, dem es auch um die Wahrung seiner Chancen für die Präsidentschaftswahlen 2011 geht, wies erneut alle Vorwürfe zurück, seine Regierung hätte mit den Bespitzelungen irgendetwas zu tun gehabt: “Wir haben weder die Absicht noch die technischen Mittel zu spionieren”, beteuerte der städtische Regierungschef. Gleichwohl bezeich-

nete er es als Fehler, dass James überhaupt in die städtische Verwaltung (Erziehungsministerium) gelangen konnte. Nichtsdestotrotz sagte er: “Wir befinden uns nicht in einer Krise. Wir haben nur ein punktuell Problem, mit dem sich die Justiz befassen muss.” Personelle Veränderungen in der städtischen Regierung jedenfalls schloss Macri aus.

In der Auseinandersetzung mit der katholischen Kirche konnte auch in einem Vier-Augen-Gespräch zwischen Macri und dem Erzbischof Jorge Bergoglio keine Annäherung erzielt werden. Die Kirche kritisiert den Bürgermeister, da dieser die erste Homo-Ehe in Argentinien ermöglichen will. Macri verzichtete darauf, ein Appellationsverfahren gegen ein Urteil der städtischen Richterin Gabriela Seijas anzustrengen. Diese hatte das bisherige Verbot der Homo-Ehe für verfassungswidrig erklärt (wir berichteten). Bergoglio bezeichnete Macris Haltung als schweren Fehler. Die Verfassung könne nicht von einer Richterin der ersten Instanz verändert werden. Macri verteidigte seine Position mit dem Hinweis auf individuelle Freiheitsrechte, die es zu achten und verteidigen gelte. Eine Einladung, beim historischen Ja-Wort am Dienstag als Trauzeuge zu fungieren, schlug Macri indes aus.

Notstandsgesetze verlängert

Abstimmungen im Kongress / “Handysteuer” soll kommen

Buenos Aires (AT/mc) – Die Regierung hat keine Zeit zu verlieren. Am 10. Dezember ändern sich die Machtverhältnisse im Kongress zu ihren Ungunsten. In den letzten Tagen vor dem Verlust der absoluten Mehrheit sollen nun noch schnell wichtige Vorhaben durchgesetzt werden.

Am vergangenen Mittwoch segnete der Senat eine Vielzahl von Gesetzesentwürfen ab, die zuvor bereits in der Deputiertenkammer Mehrheiten gefunden hatten. Mit 35 zu 28 Stimmen votierte nun auch das Oberhaus für die Verlängerung der wirtschaftlichen Notverordnungen um zwei Jahre. Diese berechtigen die Regierung, Tarife festzusetzen, Bank- und Finanzsysteme neu zu ordnen sowie Gesundheits- und Lebensmittelprogramme durchzusetzen. Die Befugnisweiterung wurde 2002 angesichts der schweren Wirtschaftskrise erstmals gewährt. Fabián Ríos, der Präsident der Haushaltskommission, begründete die abermalige Verlängerung mit Verweis auf mögliche Epidemie-Gefahren durch Dengue und Schweinegrippe. Zudem seien die Verhandlungen über Konzessionen für private Firmen, die öffentliche Aufgaben ausführen, noch nicht abgeschlossen, so Ríos. Kritik gab

es von den Radikalen (UCR), den PJ-Abtrünnigen und den Sozialisten. UCR-Sprecher Ernesto Sanz sprach von einem “nicht verfassungsgemäßen Gesetz”, für das es seit 2005 keine objektiven Gründe mehr gebe. Sonia Escudero, PJ-Dissidentin und Senatorin aus Salta, sagte: “Auf diese Weise sagen wir der Welt: Argentinien befindet sich für zwei weitere Jahre in einem Notstand.”

Mit einer Mehrheit 37 zu 24 segnete der Senat auch die Erhöhung des “Monotributo” (Steuern und Sozialbeiträge von Einzelpersonen) ab. Diese fällt mitunter saftig aus, in der untersten Steuerklasse (bis 12.000 Pesos Einnahmen pro Jahr) sogar bis zu 90,84 Prozent. Diese Beitragszahler entrichteten bislang 114,75 Pesos pro Monat und sollen nun 219 Pesos bezahlen. Die monatlichen Beiträge für das Sozialwerk sollen von 46,75 auf 70 Pesos, die für die Rentenkasse von 35 auf 110 Pesos angehoben werden. Einstimmig beschlossen die Senatoren, dass in Zukunft Medikamente nur noch in Apotheken verkauft werden dürfen. Des Weiteren sprach sich das Gremium für den Bau eines neuen Atomkraftwerks (Atucha III) und einer atomaren Wiederaufbereitungsanlage (Embalse Río Terce-

ro) aus.

Die Deputiertenkammer stimmte derweil mit 143 zu 14 Stimmen für die Einführung einer Steuer für Mobiltelefone. Diese soll ein Prozent der Handy-Guthaben betragen und dem olympischen Sport zugute kommen. Somit gehen die Einnahmen an das nationale olympische Komitee. Pikant ist dabei, dass dessen Chef, Gerardo Werthein, zugleich Besitzer des Mobilfunk-Unternehmens “Personal” ist. Nun muss der Senat noch über das Gesetz entscheiden.

Zudem votierte die Deputiertenkammer (129 zu 6) für eine Absenkung des Volljährigkeitsalters von 21 auf 18 Jahre. Dadurch sollen die jungen Erwachsenen in Zukunft ohne Einwilligung der Eltern heiraten oder ins Ausland reisen können. Auch sollen sie eigenverantwortlich Verträge unterschreiben können. Auch darüber muss der Senat nun befinden.

Die Sitzungsperiode des Oberhauses, die ursprünglich am 30. November beendet sein sollte, wurde derweil bis zum 10. Dezember verlängert. Dabei geht es der Regierung auch um die Durchsetzung des Parteienwahlgesetzes.

Neugestaltung von Pinamar

Buenos Aires (AT/mc) – Ein neues Gesicht soll der Badeort Pinamar im nächsten Jahr bekommen. Die Gemeinde beschloss, die alten Badeanlagen aus Beton abzureißen und durch neue aus Holz zu ersetzen. Im Mai des kommenden Jahres sollen die Bulldozer anrollen. Bis zum Dezember werden dann rund 1000 Arbeiter im Einsatz sein, um zur Sommersaison 2010/11 fertig zu sein. Die Maßnahmen wurden nötig durch die Erosion. Die bisherigen Badeanlagen würden langsam aber sicher vom Meer verschluckt werden, so die Befürchtung. Die neuen Anlagen sollen von daher auf Pfählen in sicherer Höhe gebaut werden. Auf diese Weise soll zugleich die öffentlich zugängliche Strandfläche um 30 Prozent vergrößert werden. Des Weiteren planen die Stadtväter von Pinamar einen Promenadenweg aus Holz, der auf einer Länge von 20 Kilometern parallel zum Strand verlaufen soll. “Wir waren 40 Jahre zurück. Durch die Neuerungen werden wir um 40 Jahre voraus sein”, so Rodolfo Papterra, Kabinettschef der Stadt Pinamar. Das Vorhaben, für das insgesamt 20 Millionen Dollar veranschlagt sind, ist indes nicht unumstritten. Kritisiert wird, dass die zukünftigen Badeanlagen zu weit vom Wasser entfernt sein würden. Zudem werden sie dort gebaut, wo bislang Parkmöglichkeiten sind. Da diese dann wegfallen, befürchten die Skeptiker ein Verkehrschaos.

TABELLEN

Fußball - Primera División

16. Spieltag: Central-Atlético Tucumán 1:1, Independiente-Huracán 2:0, Chacarita-Godoy Cruz 2:1, River-Estudiantes 1:1, San Lorenzo-Boca 3:0, Tigre-Vélez 0:3, Banfield-Racing 1:2, Arsenal-Lanús 2:5, Colón-Newell's 0:1, Gimnasia-Argentinos 1:2. **Tabelle:** 1. Newell's 36, 23:11; 2. Banfield 35, 23:9; 3. Colón 31, 26:14; 4. Estudiantes 30, 28:19; 5. Vélez 30, 25:18; 6. Independiente 29, 27:18; 7. San Lorenzo 29, 25:17; 8. Rosario Central 27, 18:12; 9. Argentinos 25, 21:17; 10. Lanús 24, 23:17; 11. Boca 23, 25:22; 12. Arsenal 20, 16:23; 13. Atlético Tucumán 16, 21:30; 14. River 15, 18:23; 15. Racing 14, 16:22; 16. Godoy Cruz 14, 17:26; 17. Chacarita 14, 16:25; 18. Gimnasia 13, 16:24; 19. Huracán 10, 11:28; 20. Tigre 8, 18:38. Auf den Abstiegsrängen befinden sich derzeit: Racing, Gimnasia (Relegation), Atlético Tucumán, Chacarita (direkter Abstieg).

WOCHENÜBERSICHT

Fabriken verschmutzen Riachuelo

Die Verschmutzung des Riachuelo-Flusses im Süden von Buenos Aires ist ein allgemein bekanntes Übel. Von daher überrascht es nicht, was bei einer Untersuchung der zuständigen Behörde Acumar nun zu Tage trat: Nicht weniger als 51 Fabriken verschmutzen mit ihren Abflüssen das Gewässer. Und die Überprüfung der insgesamt 466 Unternehmen ist noch nicht abgeschlossen. Unter den bislang ermittelten Umweltsündern befinden sich verschiedene Gerbereien, Getränkehersteller, Teppichfabriken, Schlachthöfe, Knochenmehlproduzenten und Verarbeiter von Viehprodukten. Die Unternehmen müssen nun erklären, ob und wie sie in Zukunft zur Sanierung des Flusses beitragen wollen. Bei nicht wenigen Firmen ist mit Widerwillen zu rechnen, da die Umsetzung der Umweltschutzmaßnahmen auch die Produktionskosten erhöht. Sollten sie aber nicht kooperieren, könnte dies die Schließung der Fabriken zur Folge haben.

Tunnel gegen Hochwasser

Im Barrio River im Buenos Aires-Stadtteil Núñez gibt es immer wieder Probleme mit Überschwemmungen. Bei jedem stärkeren Regen oder den Sudestada-Winden, die aus südöstlicher Richtung Wasser aus dem Río de la Plata in die Senke des Vega-Bachs drücken, heißt es "Land unter". Doch ein Ende dieser misslichen Situation ist in Sicht: Denn zum Jahreswechsel will die Stadtregierung einen Abflusstunnel einweihen. Dieser beginnt am Club Hípico Argentino und mündet in den Vega-Bach nahe dem Río de la Plata. Dort ist das neue Bauwerk mit einer Stauanlage verbunden, wo mit zwei Pumpenanlagen und einer Schleuse flexibel auf Hochwassersituationen reagiert werden kann. Der Tunnel hat eine Länge von 705 Metern, sein Durchmesser beträgt drei Meter. Die Bauarbeiten wurden bereits 2005 begonnen. In der Folgezeit kam es aber immer wieder zu Verzögerungen. Nun sollen weitere Abflusskanäle an den Bächen Vega und Medrano folgen, wie Sergio Agostinelli, Staatssekretär für öffentliche Maßnahmen, mitteilte.

Frührente soll kommen

Frühverrentung aufgrund Arbeitslosigkeit soll wieder eingeführt werden. Dies wollen Regierung und Opposition angesichts der Wirtschafts- und Finanzkrise gemeinsam auf den Weg bringen. Der Entwurf sieht vor, dass diejenigen Arbeitslosen, die 30 Jahre lang Sozialversicherungsbeiträge bezahlt haben, bereits fünf Jahre vor Erreichen des gesetzlichen Mindestalters Rente erhalten können. Letzteres beträgt für Männer 65 und für Frauen 60 Jahre. Der Frührentner erhält bis dahin die Hälfte des vollen Betrages. In keinem Fall soll die Früh-

rente unter dem Existenzminimum von derzeit 827 Pesos liegen. Die Auszahlung der Frührente wird ausgesetzt, sollte die betroffene Person zwischenzeitlich Arbeit finden oder bessere Leistungen aus anderen Quellen beziehen. Von 2004 bis 2007 gab es die Möglichkeit einer frühzeitigen Rente schon einmal. Angesichts steigender Arbeitslosigkeit sieht sich die Politik nun zur Wiedereinführung veranlasst. Laut der Steuerbehörde AFIP ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer von 6.153.000 im letzten Drittel 2008 auf 5.860.000 im gleichen Zeitraum dieses Jahres gesunken. Dies sind also 293.000 Beschäftigte weniger.

Tote bei Überschwemmungen

Bei schweren Überschwemmungen in Argentinien und Uruguay sind nach Angaben vom Donnerstag mindestens acht Menschen ums Leben gekommen. Wegen der Fluten im Norden der beiden Nachbarländer mussten insgesamt etwa 15.000 Menschen in Notunterkünften oder bei Freunden unterkommen. In Argentinien starben bereits am Vortag zwei Jugendliche in den reißenden Fluten, und ein Kind kam im Haus seiner Eltern bei einem Erdbeben ums Leben. Am Donnerstag starb ein Katastrophenhelfer und ein junger Mann, der einen reißenden Fluss durchschwimmen wollte. In Uruguay ertranken drei Menschen. Meteorologen sagten für die Region weitere Regenfälle vorher. Am stärksten von dem Unwetter betroffen waren die argentinischen Provinzen Chaco, Corrientes und Entre Ríos sowie in Uruguay die Bezirke Artigas, Salto und Paysandú an der Grenze zu Brasilien. Die heftigen Regengüsse der vergangenen Tage folgen einer monatelangen Dürre im Nordosten Argentiniens. Umweltexperten warnen seit langem, dass die Abholzung der Wälder in den heißen Regionen das Klima extremer mache. Das bedeute mehr Dürren und mehr Überschwemmungen, da die meist zu Sojafeldern umgewandelten ehemaligen Waldflächen das Wasser nicht mehr speichern könnten.

Ungeklärtes Verschwinden

Weiter ungeklärt ist das mysteriöse Verschwinden einer Familie aus Pergamino (Provinz Buenos Aires), die zuletzt vor zwei Wochen auf ihrem Heimweg auf der Ruta 7 gesehen wurde. Die Aufnahme einer Kamera an der Maut-Station El Rodeo, die das Ehepaar Pomar und ihre beiden Töchter am Tag des Verschwindens (14. November) in ihrem Fiat zeigt, veranlasste die Provinz-Polizei zu einer großangelegten Suchaktion. 150 Beamte durchkämmten das Gebiet zwischen San Andrés de Giles im Norden der Provinz weiträumig. Es kam sogar ein Hubschrauber zum Einsatz. Doch am Ende musste die Suche ergebnislos abgebrochen werden. (AT/mc)

Borocotó

Das Wort Borocotó, zu Deutsch sinngemäß Überläufer, hat sich vor einigen Jahren in den politischen Sprachgebrauch Argentiniens eingenistet, als der für die PRO-Partei des Regierungschefs Mauricio Macri gewählte Nationaldeputierte Juan Carlos Lorenzo 2006 zur Regierungsfraktion Kirchners übertrat. Seither stimmt er jeweils, ohne selber an den Debatten teilzunehmen, mit der Regierungsfraktion. Der Name Borocotó geht auf den Vater des Deputierten zurück, der vor mehreren Jahrzehnten mit diesem Übernahmen als Fußballkommentator im Hörfunk bekannt wurde.

Seither hat sich das Überläuferum in die argentinische Politik eingeschlichen, zumal im Sinne der Regierungspolitik, gefügige Stimmen mit Geldgeschenken, auch an Provinzregierungen, zu ergattern, welche moralisch und parteipolitisch anfechtbare Handlungen Spanisch als „borocotización“, auch

als Verb „borocotizar“, getauft wurden. Jedermann wusste, was damit gemeint war, nachdem es sich herumgesprochen hatte, dass unter den Kirchners das Geld der Staatskasse die Politik bestimmt. Freilich gibt es auch Fälle, da kein Geld mitwirkte, sondern andere Formen der Erpressung, möglicherweise mit Spitzeln und Abhören von Telefongesprächen. Insgesamt haben im nationalen Kongress 26 Parlamentarier ihre Fraktionszugehörigkeit gewechselt, womit sie das Mandat ihrer Wähler verleugneten.

Der jüngste skandalöse Fall der Überläufer betraf den frisch gewählten Gouverneur von Corrientes, Ricardo Colombí, der als Kandidat der oppositionellen UCR seinen Vetter und amtierenden Gouverneur Arturo Colombí in der Stichwahl besiegt hatte und dann zur allgemeinen Überraschung mit wehenden Fahnen in das politische Lager seiner Gegner, das Ehepaar Kirchner, überschwenkte.

Zuerst wurde er von Expräsident Néstor Kirchner empfangen. Das Bild erschien in der Presse, ebenso die nachfolgenden Audienzen mit der Präsidentin Cristina Kirchner und dem Infrastrukturminister Julio de Vido.

Ricardo Colombí hatte den amtierenden Gouverneur und Vetter Arturo Colombí nach den Wahlen im Regierungssitz aufgesucht, wo er offenbar über die karge Lage der Provinzfinanzen unterrichtet wurde. Danach schwenkte er um, weil er, wie er der Presse erklärte, nicht bereit sei, als Gouverneur nur Beamtengehälter zu bezahlen, ohne Investitionern finanzieren zu können. Letzteres soll offenbar in seiner Sicht die Nationalregierung verrichten. Minister de Vido ist dafür zuständig und das Ehepaar beschließt die Bereitstellung der Staatsgelder, obwohl die Nationalregierung längst im Defizit operiert und Ausgaben zurückschrauben müsste, anstatt nahezu täglich neue Ausgaben zu beschließen.

wie in diesem Fall zugunsten von Corrientes. Das Wort Borocotó wurde in der Presse sogleich auf Ricardo Colombí bezogen, derweil sich die entsetzte UCR-Parteiführung damit beschäftigt, ob sie den Verräter wie weiland Vizepräsident Julio Cobos als Formelpartner von Cristina Kirchner aus der Partei ausschließt. Cobos kehrt inzwischen zur Partei zurück und bemüht sich um deren Präsidentschaftskandidatur.

Hinter dieser verräterischen Handlung von Ricardo Colombí lauert die Zunahme der Beamtenzahl in allen Provinzen außer San Luis

die deshalb ordentliche Finanzen verwaltet und nicht von Zuschüssen der Nationalregierung abhängig ist. Laut dem Institut für Wirtschaftsforschung FIEL haben die Gliedstaaten in den letzten Jahren zusätzliche 800.000 Beamten eingestellt, deren monatliche Gehälter laufend anfallen und weitgehend für die Defizite der Gliedstaaten verantwortlich zeichnen. Die Zahlungsprioritäten der öffentlichen Hand beginnen mit Gehältern und Pensionen, folgen mit der Schuldenbedienung und schließen mit den Lieferanten, die für Investitionen sorgen. Bei gewaltig zunehmender Be-

amtenzahl leiden die Provinzfinanzen, welcher Zustand dem regierenden Ehepaar erlaubt, mit Staatsgeldern politische Gefügigkeit zu erzwingen, wie es mehrmals geübt wurde.

Ricardo Colombí wusste das, als er den Wahlkampf führte. Anstatt echte Lösungen der Konsolidierung der Provinzfinanzen anzupfeilen, übte er Verrat, indem er das politische Lager verließ, für das ihn seine Wähler zum Sieg verhalfen. Er gilt seither als bedeutendes Mitglied des Klubs der Borocotó. Eine Schande.

Wetten, dass...

Von Stefan Kuhn

Schuld haben natürlich die Briten, denn auf der Insel kann man auf so gut wie alles wetten, was einem so in den Sinn kommt. Wann Prinz Charles König wird, oder ob er es überhaupt wird. Wer die nächsten Wahlen gewinnt, oder welche Farbe der Hut der Queen beim Pferderennen in Ascot haben wird. Natürlich werden auch Sportwetten aller Art angenommen - ein heikles Feld, denn da kann gewaltig manipuliert werden, wie der jüngste Wettskandal im europäischen Fußball zeigt. Rund 200 Partien in verschiedenen europäischen Ligen stehen unter Manipulationsverdacht, davon mehr als 30 in Deutschland.

Natürlich gab es schon früher Bestechung im deutschen Fußball, etwa der Bundesligaskandal von 1970/71, doch dabei ging es eher um sportliche Gesichtspunkte. Die Bundesligaklubs Arminia Bielefeld und Rot-Weiß Oberhausen vermieden den Abstieg aus dem Fußballoberhaus, indem sie Spieler gegnerischer Mannschaften bestachen. Mit Ausweitung der Sportwetten in vielen Ländern Europas und der Möglichkeit, im Internet Wetten abzuschließen, haben Spielmanipulationen eine andere Qualität bekommen. Heute kann man in Deutschland trotz des immer noch geltenden staatlichen Glücksspielmonopols wie in Britannien im Sport auf fast alles wetten: einzelne oder mehrere Partien in unterschiedlichen Ligen und Ländern, genaues Ergebnis oder Halbzeitergebnis, sogar bei Freundschaftsspielen. Das hat schon 2005 zum Bestechungsskandal um den DFB-Schiedsrichter Robert Hoyzer geführt. Dieser hatte Spiele in der 2. Liga und im DFB-Pokal manipuliert. Hoyzer und die Drahtzieher wurden damals zu hohen Haftstrafen verurteilt. Der Schiedsrichter zu zweieinhalb Jahren ohne Bewährung. Die Drahtzieher, in Berlin lebende Kroaten, haben nach ihrer Haftentlassung laut Medienberichten ihre alte Betätigung wieder aufgenommen und sollen in den neuen Wettskandal verwickelt sein.

Im Zuge von Globalisierung und Internet ist es sinnlos, sich die alten Zeiten herbeizuwünschen, in denen Betrügereien bei Sportwetten in Deutschland nahezu unmöglich waren. Im Fußballtoto konnte man kaum elf Spitzenbegegnungen manipulieren. Die benötigten Bestechungsgelder wären wohl weitaus höher als der Wettgewinn. Wenn man aber zehntausende von Euro auf das Ergebnis eines Spieles der Regionalliga (4. Spielklasse) setzen kann, dann kehrt sich das Verhältnis um. In diesen sportlichen Sphären kann man Spieler, Schiedsrichter oder Trainer schon für wenige tausend Euro davon überzeugen, dass Gewinnen nicht Alles ist.

Man kann die Uhr nicht zurückdrehen, aber es muss etwas geschehen. Der Imageschaden für den Fußball ist enorm. Ebenso der finanzielle Schaden: Allein im Fall Hoyzer zahlte der DFB dem Hamburger Sportverein (HSV) zwei Millionen Euro. Der HSV hatte in einem Spiel des DFB-Pokals 2:4 gegen den damaligen Viertligisten SC Paderborn 07 verloren. Hoyzer hatte einen HSV-Stürmer vom Platz gestellt und zwei ungerechtfertigte Elfmeter vergeben. Die Hamburger schieden in der 1. Runde aus.

Das vom DFB nach dem Skandal initiierte „Frühwarnsystem“ funktioniert offensichtlich nicht. Der neue Bestechungsskandal ist ungleich größer. Ein effektives Frühwarnsystem wäre, wenn die Wettbüros ihre Daten abgleichen würden. Man kann sicher leicht feststellen, ob für ein unbedeutendes Spiel an verschiedenen Orten viel Geld eingesetzt wurde. Ist das der Fall, setzt man die Wette aus, wie man den Aktienhandel

eines ins Schlingern geratenen Unternehmens an der Börse aussetzt. Kriminelle Wetter würden wohl nicht einmal ihren Einsatz zurückfordern.

Vielleicht könnte man sich auch an den wettsüchtigen Briten orientieren. Private Anbieter von Sportwetten werden es sich zwei Mal überlegen, bevor sie eine Wette von mehreren tausend Euro annehmen, nach der in der 2. Schweizer Liga der FC Gossau mit mindestens zwei Toren Unterschied gegen den FC Locarno verliert. Sie tragen das Risiko, nicht der Staat.

Das Problem in Deutschland ist das Glücksspielmonopol. Das hält in der Bundesrepublik der Staat, bzw. die Bundesländer. Vorgeblich, um der Spielsucht Einhalt zu gebieten und kriminelle Machenschaften zu verhindern. In Wirklichkeit wird die Spielsucht vom Staat ausgebeutet, es geht wie bei der Nikotin- oder Alkoholsucht um Milliarden für die Staatskassen. Und was die Kriminalität angeht, hat die Realität die staatlichen Lottogesellschaften längst eingeholt.

Randglossen

In einer Rede vor Gefolgsleuten verhielt Expräsident Néstor Kirchner dieser Tage, dass das Ehepaar bis 2015 regieren werde, welche Prophezeiung freilich voraussetzt, dass einer von beiden 2011 wieder gewählt werden wird. Über die Kandidaturen wollte der Redner freilich nichts sagen, weil er das als verfrüht abtat. Seine in freier Rede vorgebrachten Ansichten zur Lage wiederholten die gleichen Argumente, mit denen er die Wähler vor dem 28. Juni nicht zur gewünschten Mehrheit veranlassen konnte. Seither betont Kirchner stets, dass sein Regierungsmodell zu vertiefen sei, wie er auch gegen echte und vermeintliche Feinde und Gegner ins Gefecht zieht, indem er sie umschreibt, aber nicht beim Namen nennt. Die Bösewichte sind in Kirchners Weltbild die Monopole, gemeint ist der Zeitungsverlag „Clarín“, und die konzentrierten Unternehmen, deren Namen verschwiegen wird.

Wie erwartet, hat die Exekutive die ordentliche Sitzungsperiode, die laut Verfassung am 30. November abläuft, bis zum 10. Dezember verlängert, an welchem Tag die am 28. Juni gewählten Senatoren und Deputierten ihre Ämter antreten. Die kurze Frist erlaubt dem Senat, die von der Deputiertenkammer verabschiedete Gesetzesvorlage über den künftigen Wahlmodus bei Internwahlen der Parteien zu behandeln. Die Billigung wird für den 3. Dezember vorweggenommen, damit die Exekutive das Gesetz amtlich verkündet. Alle politischen Parteien im Land, insgesamt unglaubliche 686 an der Zahl, sind dann gefordert, die strengen Vorbedingungen einzuhalten, damit sie an den Internwahlen Mitte August 2011 für Präsident, Vizepräsident, Senatoren und Deputierte teilnehmen können, an denen außer ihre Parteimitglieder alle parteilosen Wähler/innen mitmachen müssen wie bei landesweiten Kandidatenwahlen.

Fast alle europäischen Medien wettern über die neue Führung der EU. Sie sei blass, unbedeutend, ein Rückschlag für die eu-

ropäische Idee. Nur die bieder-bürgerliche Neue Zürcher Zeitung (NZZ) findet „lobende“ Worte. Im Grunde sei die Europäische Union wie die Schweiz, denn dort kommen auch nicht die brillantesten Politiker an die Macht. Im Land der Eidgenossen geht es bei der Postenverteilung wie in Europa um Proporz: Kanton, Sprache, Geschlecht und Parteizugehörigkeit spielen eine größere Rolle als die fachliche Qualifikation. Warum, fragt die NZZ hintersinnig, haben die Schweizer solch eine Angst vor der EU? Sie sei doch nur ein Spiegelbild der Schweiz. Vermutlich gerade deswegen...

Er ist nicht die Nachtigall und auch nicht die Lerche. Italiens Ministerpräsident Silvio Berlusconi wurde nicht wegen seiner Gesangs-

künste zu Italiens „Rockstar des Jahres“ gekürt, obwohl er bisweilen zu Gitarrenklängen Balladen knödelt und die Liebesschnulzen auch veröffentlichten lässt. Den Ausschlag hat sein Lebensstil gegeben. Der 73-jährige Altrockler schert sich nicht um Konventionen, umgibt sich mit minderjährigen Groupies, gibt ausschweifende Sexparties und stellt dabei die schwärzesten Schafe der Branche in den Schatten. „Rod Stewart, Brian Jones, Keith Richards sind nur Dreck im Vergleich zum Cavaliere“, begründete die italienische Ausgabe des Magazins „Rolling Stone“ seine Wahl. Eine wenig schmeichelhafte Ehrung, aber sie ist in jeder Hinsicht nachvollziehbar. Die Musikzeitschrift kann sich den Spott auch leisten. Sie gehört nicht zum Medienimperium Berlusconi.

AUSFLÜGE UND REISEN

Auf Belagstraße fast bis zu den Moconá-Schnellen

Endlich ist es soweit! Nur noch rund zwanzig Kilometer Straße fehlen, damit die Zufahrt zu den Moconá-Wasserfällen durchgehend auf Belag, und damit ganzjährig benutzbar wird.

Die Provinz Misiones besitzt unzählige Wasserfälle (immer wieder wird ein neuer entdeckt, der mitten im Urwald unbemerkt plätscherte), ein jeder für sich sehenswert.

Aber natürlich ist Iguazú das bevorzugte Reiseziel für die meisten. Auf der argentinischen Seite werden in guten Saisons bis zu 800.000 Besucher pro Jahr gezählt.

Doch neben Iguazú gibt es in Misiones sozusagen auch noch ein Aschenbrödel, eine kleinere Schwester der Iguazú-Fälle: die Stromschnellen von Moconá, auf der anderen Seite des Provinzterritoriums, am Uruguay-Fluss gelegen.

Misiones wird von drei Hauptstraßen der Länge nach durchquert: die Ruta Nacional 12 folgt dem Paraná; dann gibt es eine Straße, die teils den Zentralsierras folgt (Ruta 14), und endlich eine dritte Route, die nahe dem Uruguay verläuft. Halbwegs zwischen El Soberbio und Bernardo de Irigoyen (die „trockene“), da nicht durch Wasser bestimmte Grenze zu Brasilien) existiert der Parque Provincial Moconá. Ähnlich wie die Wasser des Iguazú, die sich vom brasilianischen Basaltsockel in die Tiefe stürzen, ergießt sich hier der Uruguay über eine etwa anderthalb Kilometer lange Schwelle in sein tieferes Bett. Nur dass in Iguazú die Fallhöhe bis zu siebzig Meter beträgt, und in Moconá etwa fünfzehn.

Mehr noch: Führt der Uruguay Hochwasser, verschwinden die Moconá-Fälle zur Gänze und werden zu Wasserschnellen, ähnlich wie einst Yaciretá. Dann gibt es für den von fern angereisten Besuch nicht viel zu sehen und zu erleben.

Doch führt der Uruguay Niedrigwasser, dann kann man die endlos lange Kaskade sehen und mit Motor-Schlauchbooten (Gomones) unten an der Wasserschleppentlangfahren. Ein recht aufregendes Erlebnis.

Nur war bisher ein sicheres Hinkommen zu den Moconá-Fällen nicht immer gewährt.

Zwar waren die Belagstraßen schon ziemlich weit vorgerückt, die letzten Kilometer musste man jedoch immer noch auf den bei Regen extrem glitschigen Erdstraßen aus Laterit zurücklegen. Manchmal war ein Hinkommen unmöglich.

Jetzt fehlen nur noch etwa 20 Kilometer Asphalt, diese Strecke besitzt aber schon einen aufgeschütteten Fahrdamm mit eingewal-



Typische Erdstraße in Misiones.

tem Schotterbelag und den ganzen Unterbau, damit der feste Belag aufgetragen werden kann. Somit ist ein Fahren bei jeder Wetterlage und jedwedem Wetter möglich.

Man gelangt am besten ans Ziel, wenn man auf der Zwölf bis Montecarlo fährt, dann quer durch die Provinz über die Provinzstraße 15 bis Puerto Paraiso, schon nahe dem Río Uruguay. Und von hier fehlen noch besagte zwanzig Kilometer Asphalt, ein Stück, das aber trotzdem anstandslos zu bewältigen ist.

Offiziell werden in Misiones heute 29 Kaskaden aufgelistet, Salto genannt, vom Salto Alegre über den Salto Horacio Foerster bis zum Yabotú, die meisten mit circa einem Dutzend Meter Fallhöhe, einige (San Bernardo) bis zu 30 Meter.

Wie man sieht, hat Misiones für viele Fremde noch etliches zu bieten.

Marlú

Eröffnung am Tag der Deutschen Einheit:

www.allesdeutsch.com.ar

...für alle, die es deutsch mögen.



Flyer
Lufthansa
City Center

(Zona Norte)

Leg. 213 Res.04447

Av. Fondo de la Legua 425
(B1609JEE) San Isidro

Tel.: (54 11) 4512-8100

E-mail: info@flyer.com.ar

www.flyer-de.de

“Du stirbst nicht” - Gewinner des Deutschen Buchpreises 2009

Von Nils Witte

Buenos Aires (AT) - Jüngst wurde Kathrin Schmidt für “Du stirbst nicht” mit dem Deutschen Buchpreis ausgezeichnet. Trotz einiger Durststrecken lohnt die Lektüre. Die Autorin beschreibt die Krankengeschichte der Protagonistin ungeheuer einfühlsam und direkt und bietet daher eine einzigartige Leseerfahrung.

Helene Wesendahl liegt mit geschlossenen Augen im Bett und kann sich an nichts erinnern. Sie deutet die Situation, so gut sie kann, und gemeinsam mit dem Leser erschließt sie sich ihr Leben. Rückwärts natürlich. Letztendlich ist das Buch die Antwort auf die Frage “Wer bin ich?”. jedoch im allereinfachsten Sinn. Denn noch bevor Helene auf die Suche nach ihrem Leben gehen kann, kommt ihr Leben zu ihr ans Krankenbett. Wer ist der Mann? Wer sind die Kinder? Erst später: Liebte ich diesen Mann? Welche Männer liebte ich außerdem? Mit welchem Mann welche Kinder?

Doch nicht nur die Erinnerung will nach dem Hirnschlag zurückerobert werden. Auch der Körper. Die Lippen sprechen nicht, was sie sprechen sollen, und die Hände greifen nicht, was sie greifen sollen. Helene kämpft sich vom Bett in den Rollstuhl und vom Rollstuhl an den Rollator. Und mit ihr kämpft der Leser. Nicht immer ist es spannend, wenn Helene Details ihres früheren Lebens erschließt, dabei nie der Wahrheit gewiss. Es ist nicht aufregend, wenn Helene endlich mit dem linken Zeh wackelt.



Mühsam ist das alles. Kathrin Schmidt lässt keinen Schritt aus, wenn ihre Protagonistin

wieder die intelligente Frau zu werden sucht, die sie einst war. So kann der Leser die Regenerierung unvermittelt miterleben. Sich mit Helene wundern über den Speichelfaden, der sich mitten im Gespräch plötzlich von ihrer Lippe abseilt. Sich mit Helene ärgern, wenn sie der Eloquenz des Chefarztes nur Gestammel entgegensetzen kann. Wir fiebern mit ihr, wenn sie der Krankenschwester erstmals “Nein” sagt und die Magensonde herausreißt. Und wir freuen uns, wenn sie erste Wünsche äußert, ihren „Läpptopp“ verlangt.

Zeitweise fehlen der Geschichte Spannungsbögen, die den Leser über die sachliche Beschreibung der Krankengeschichte tragen. Dafür hält über weite Strecken Helenes präannales Liebesleben her. Belohnend ist zudem das intensive Miterleben, beklemmender und bewegender Begegnungen, so wenn Helenes Versuch, am Familientisch zu sprechen, in Heulkrämpfen und dem Auspeien von Fleischsellerie endet. Auch die spielerisch-phonetische Wiederannäherung der Protagonistin an die Sprache bietet unterhaltsame, weil unbekanntere Perspektiven.

Wer das Miterleben von Unzulänglichkeit fürchtet, sollte das Buch besser nicht anfassen. Für alle anderen ist “Du stirbst nicht” zweifellos eine lohnenswerte Lektüre.

(Kathrin Schmidt, “Du stirbst nicht”, Kiepenheuer & Witsch, 352 Seiten, 19,95 Euro, ISBN 978-3-462-04098-2.)

Der Grass-Übersetzer Miguel Sáenz

Von Marion Kaufmann

Buenos Aires (AT) - Argentinische und spanische Übersetzer trafen sich im November in Buenos Aires und debattierten über die Frage, ob es ein neutrales Spanisch geben oder ob jeder Übersetzer seinen Text in einer lokal bedingten Sprache wiedergeben solle.

Bei dem dreitägigen, vom kürzlich gegründeten “Club de Traductores Literarios de Buenos Aires” veranstalteten Symposium über die “Utopie des neutralen Spanisch” kamen die Spanier Miguel Sáenz und Gabriel López Guix mit ihren argentinischen Kollegen Jorge Aulicino, Alberto Freixa, Gerardo Gambolini, Guillermo Piro, Patricia Willson und Marietta Gargatagli zusammen. Die Meinungen waren recht unterschiedlich und gaben Anlass zu einem interessanten Gedankenaustausch.

Miguel Sáenz de Sagaseta de Ilúrdoz ist bekannt für seine Übersetzungen fast aller Werke von Günter Grass, von Bertolt Brechts Theaterstücken, Thomas Bernhard, Alfred Döblin, Artur Schnitzler und vielen anderen. Für die Übersetzung des “Butt” erhielt er 1981 den Fray Luis de León-Preis, 1991 wurde er mit dem Nationalen Übersetzerpreis geehrt. Dr. Sáenz lehrt an der Universidad Complutense in Madrid Deutsche Philologie.

Seiner Meinung nach braucht “jedes Buch, jeder Autor, seine eigene Übersetzung”. Alles sei sehr instinktiv, und man lerne beim Übersetzen. Der Feind des Übersetzers sei nicht der Autor, sondern der Zeitdruck. “Bei Übersetzungen ist das Problem immer die Zeit”, wieder-



holt Sáenz. “Verlage wollen das übersetzte Buch möglichst schon übermorgen haben. Als “Beim Häuten der Zwiebel” erschien, sollte die Übersetzung ganz schnell fertig sein. Ich sagte: ‘Mindestens drei Monate’, und auch das war zu knapp. Der Verlag insistierte, so dass ich Grass bat, mir zu helfen, mit dem Verlag zu Rande zu kommen.”

Immer wieder kommt das Gespräch zu Günter Grass. “Er tut etwas, das wohl einzigartig auf dem Gebiet der Literatur ist: Jedesmal, wenn er ein Buch geschrieben hat, trifft er sich mit seinen Übersetzern. Das erste, was er sagt, ist: ‘Das ist Euer Buch’. Je nach der Länge des Werkes verbringen wir drei, fünf oder noch mehr Tage mit ihm, morgens und nachmittags. Wir lesen mit ihm, kommentieren das Buch mit ihm, betrinken uns mit ihm, und die Übersetzer können ihm Fragen stellen. Das Wesentliche dabei ist, dass jeder Übersetzer feststellen kann, was für ihn wichtig ist. Grass spricht nur wenig Englisch, ein bisschen Französisch, kann aber mit der Sprache umgehen, er hört die Texte, die Rhythmen und erkennt die Probleme. Deshalb sagt er den Übersetzern auch: ‘Ihr könnt schreiben was Ihr wollt, aber der Rhythmus muss stimmen!’”

Die bedeutende Arbeit von Miguel Sáenz mit deutschen Autoren stellt seine Übersetzungen englischer Bücher in den Schatten. Er ist auch der Übersetzer von Roald Dahl, Joseph Roth und vor allem von Salman Rushdie, den er für einen hervorragenden Autor hält.

Wie Rassismus klingt

Soziologin Bojadzjev präsentierte im Goethe-Institut "Politkunst"

Buenos Aires (AT/nw) - Rassismus nimmt viele Formen an. Je nach Land und Kultur unterscheiden sich die Ziele und die Art der Äußerung rassistischer Ressentiments. Ihre Arbeit zum Thema Rassismus präsentierte jetzt Manuela Bojadzjev vom Künstlerkollektiv Ultra-Red auf Einladung des Goethe-Instituts. "Wir führen vor Ort Militant Sound Investigations durch", versucht die Soziologin die Arbeit der aus kunstinteressierten Politaktivisten zusammengesetzten Gruppe zu erklären. Ultra-Red, das seine Projekte u.a. in der Tate Gallery London und der Schirn Kunsthalle in Frankfurt am Main präsentierte, nähert sich dem Rassismus also über Geräusche. Bojadzjev konkretisiert die Arbeit anhand eines Projektes im südwestlichen England: "Wir haben die Menschen gefragt, wie sich Rassismus für sie anhört, und sie mit Aufnahmegeräten losgeschickt." Das Ergebnis konnten die zwei Dutzend Zuschauer im Goethe-Institut bestaunen. Durch Dubbing werden elektronische Beats mit den gesammelten Aufnahmen zusammengeführt. "Das Ergebnis nennen wir Dub-Poesie", beschreibt Bojadzjev ihre Kunstform.

Wie von Rassismus Betroffene durch die Arbeit von Ultra-Red profitieren sollen, bleibt nach der dreistündigen Präsentation allerdings im Dunkeln. "Die abstrakten Ziele sind Kommunismus und Revolution", entfährt es der Verfasserin wissenschaftlicher Artikel und Bücher einmal. Die Wahlberlinerin unterstreicht allerdings, dass bei ihrer Arbeit nicht das Ergebnis entscheidend ist: "Die künstlerische Arbeit ist für uns Prozess, nicht Objekt."

Dieser Prozess darf gerne dokumentiert

und präsentiert werden. Der selbstverliebte Vortrag über das Dokumentieren und Präsentieren langweilt. Das Ganze lässt sich so zusammenzufassen: Die Mitglieder von Ultra-Red kommen für die Projekte nach Möglichkeit auf einem Kontinent zusammen. Sie geben Mochtegernkünstlern die Chance zur Selbsttherapie und Selbstdarstellung. Wenn dabei am Ende Kommunismus rauskommt, war die Arbeit erfolgreich. Wenn nicht, kommt es auf den Prozess an.

Das Goethe-Institut ist zu loben für seinen Versuch, Neues zu wagen und ein junges Publikum anzusprechen. Doch diesem wäre es sicher lieber, wenn ihm das nächste Mal solch sinnlose Ernsthaftigkeit erspart bliebe. Das Geld für das Flugticket hätte Manuela Bojadzjev besser einem deutsch-türkischen Freundschaftsverein gespendet.

LATEINAMERIKANISCHE WIRTSCHAFT

Die brasilianische Regierung kündigte eine Erhöhung ihres Beitrages zum "Programm der neuen Kredite" (auf Englisch als NAB bekannt) des IWF von u\$ 10 auf u\$ 14 Mrd an. Dadurch erhalte Brasilien zusammen mit China, Indien und Russland (die sogenannte BRIC-Gruppe) ein Vetorecht beim Fonds, das sonst nur die USA, die EU und Japan haben.

Repsol-YPF gab eine Investition von u\$ 603 Mio. bekannt, um die Erdölproduktion in Bolivien, in den Feldern von Margarita und Huancayo, bis 2013 zu erhöhen. Gesamthaft sind die Investi-

onen für Forschung und Ausbeutung von Erdöl und Gas unter Evo Morales stark zurückgegangen. Das neue Projekt von Repsol-YPF ist eine Ausnahmen.

Die Arbeitslosigkeit ist in den wichtigsten städtischen Gebieten von Brasilien von 7,7% im September auf 7,5% zurückgegangen, der niedrigste Satz seit Dezember 2008. Die Arbeitslosigkeit liegt in Brasilien auf alle Fälle unter Argentinien, den USA und vielen anderen Ländern.

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Der Dollarkurs schloss am Donnerstag zu \$ 3,82, ohne Veränderung gegenüber der Vorwoche und um 10,09% über Ende Dezember 2008. Der Rofex-Terminkurs lag zum 30.12.09 bei \$ 3,828, zum 31.3.10 bei \$ 3,901, zum 30.6.10 bei \$ 3,998, zum 30.9.10 bei \$ 4,097 und zum 31.3.11 bei \$ 4,310. Der Terminkurs auf 12 Monate lag um 9,33% über dem Tageskurs.

Der Merval-Aktienindex der Börse von Buenos Aires ging in einer Woche zum Donnerstag um 3,71% zurück, lag jedoch um 99,78% über Ende 2008.

Die Staatsbonds, die bei der Umschuldung von 2005 ausgegeben wurden, verzeichnen in einer Woche zum Donnerstag eine Baisse. Par-Bonds in Pesos fielen um 3,50%, lagen jedoch um 161,40% über Ende 2008; Discount-Bonds in Pesos stiegen um 0,09 (bzw. 92,99% im Jahr); Boden 2014 stiegen um 0,82% (mit plus 218,42% im Jahr); Boden 2012 fielen um 2,86% (mit plus 16,85% im Jahr) und Boden 2013 blieben unverändert, lagen aber um 92,65% über Ende 2008.

Die ZB-Reserven lagen zum 13.11.09 mit u\$ 46,69 Mrd. um 0,21% über der Vorwoche und um 0,66% über Ende Dezember. In 30 Tagen stiegen sie infolge hoher Devisenkäufe der ZB um 2,45%.

Der Notenumlauf lag zum 13.11.09 mit \$ 84,37 Mrd. um 1,64% unter der Vorwoche und um 0,34% über Ende 2008. Girodepositen lagen mit \$ 75,52 Mrd. um 5,72% über der Vorwoche und 1,54% über Ende 2008, und Spardepositen mit \$ 41,03 Mrd. um 9,85% unter der Vorwoche und um 0,14% über Ende 2008. Die Geldmenge M2 (Bank-

noten plus Giro- und Spardepositen) verzeichnet somit in der Woche wie auch im Laufe des Jahres eine geringe Veränderung auf.

Die gesamten Pesodepositen des Bankensystems lagen zum 13.11.09 mit \$ 223,47 Mrd. um 0,13% über der Vorwoche und um 8,69% über Ende 2008. Die Zunahme im Laufe des Jahres ist auf eine Erhöhung von 20,94% bei Fristdepositen zurückzuführen. Dollardepositen betragen u\$ 11,17 Mrd., um 0,40% unter der Vorwoche und um 21,40% über Ende 2008.

Gold wurde in Buenos Aires (Banco Ciudad) letzte Woche bei 18 Karat zu \$ 91,01 je Gramm gehandelt (Vorwoche: \$ 87,61), und bei 24 Karat zu \$ 150,10 (\$ 140,70).

Vordatierte Schecks auf 30 Tage wurden letzte Woche an der

PERSONALNACHRICHTEN

Geburtstage und Todesfälle im Altersheim Los Pinos
Geburtstage

Grabherr Charlotte, 90 J. am 3.12.; Born Alice, 91 J., am 4.12.; Gulyas Olga, geb. Pretzlaff, 97 J., am 4.12.; Luna Leonor, 90 J., am 4.12.; Voet Nicole, 79 J. am 21.12.; Ecurra Elsa, 82 J., am 26.12.; Garcia Inés, 92 J., am 28.12.

Todesfälle

Risse Käthe, am 30.10. mit 98 J.; Zimmermann Gertrud, am 22.11. mit 91 J.

Börse von Buenos Aires zu 11,7% verzinst (Vorwoche: 11,52%), auf 60 Tage zu 12,59% (12,41%), auf 90 Tage zu 13,41% (13,41%), auf 120 Tage zu 14,08% (14,37%), auf 180 Tage zu 14,67% (15,72%) und auf längere Fristen zu 16,07% (16,90%).

Das Statistische Amt (INDEC) berichtet, dass der Umsatz der 69 Supermärkte, die erfasst werden, in konstanten Werten im Oktober 2009 um 5,1% über dem gleichen Vorjahresmonat und um 0,4% unter September 2009 lag. Zu laufenden Werten waren es \$ 4,42 Mrd., 14,1% mehr als im Vorjahr. Die Preise lagen um 5,1% über dem Vorjahr, wobei sich die Zusammensetzung des Warenkorbes verändert hat, mit mehr hochwertigen Waren.

Am Donnerstag kündigte die Präsidentin Cristina Kirchner einen Verschrottungsplan für Lastwagen von 30 und mehr Jahren an. Der Staat zahlt für diese zwischen \$ 25.000 und \$ 30.000 in bar, die als Anzahlung für eine neue Einheit eingesetzt werden können, wobei die Banco Nación ausserdem einen Kredit von bis zu \$ 195.000 pro Lastwagen erteilt, zu 12% (für Transportunternehmen des Nordens nur 10,5%), wobei 2 Punkte vom Schatzamt subventioniert werden. Die monatliche Rate der Kredite soll bei \$ 3.500 liegen. Die neuen Lastwagen müssen im Mercosur erzeugt werden. In Argentinien hat nur IVECO (Fiat) eine Lastwagenfabrik, während in Brasilien Mercedes Benz, Scania, VW und Ford Lastwagen erzeugen, und in Uruguay Renault. In einer ersten Etappe sind \$ 80 Mio. für Subventionen, die die Staatsfinanzen belasten, und \$ 340 Mio. für Kredite bestimmt. Angeblich gibt es 80.000 Lastwagen, die jetzt durch neue ersetzt werden können.

Die Berufungskammern für Arbeitskonflikte haben verfügt, dass die nicht monatlich gezahlten Sondervergütungen nicht bei der Berechnung der Entlassungsentschädigung berücksichtigt werden. Dies bezieht sich jedoch nur auf die Bundeshauptstadt.

Die Präsidentin Cristina Kirchner hat angekündigt, dass das Gesetz über Steuervorteile für Software-Unternehmen, das Ende 2009 abläuft, um 10 Jahre bis zum 31.12.2019 verlängert werden wird. Gemäss offiziellen Angaben ist die Zahl der Unternehmen, die sich mit Informatik befassen (Software u.dgl.) zwischen 2003 und 2009 um 400 gestiegen, wobei die Zahl der Beschäftigten von 26.000 auf 56.000 stieg. Diese Unternehmen exportieren dieses Jahr im Wert von u\$ 600, was etwa ein Viertel ihres Gesamtumsatzes darstellt.

Das Statistische Amt (INDEC) gab bekannt, dass der Index der wirtschaftlichen Tätigkeit (EMAE, Estimador mensual de la actividad económica), der eine grobe Schätzung des BIP ist, im September 2009 um 0,6% über September 2008 und um 0,2% über August lag. Die privaten Schätzungen liegen für September 2009 zwischen 2% und 5% unter dem Vorjahr. Die INDEC-Zahl ist nicht glaubhaft, wenn man den betonten Rückgang der Ernte von Getreide und Ölsaaten, der Stahlproduktion, der Fabrikation von Kfz und vieler anderer Produkte berücksichtigt, die sich direkt auf den Handel und viele Dienstleistungen auswirken.

Der Index der Industrieproduktion des INDEC, benannt EMI (Estimador Mensual Industrial), der auf der Grundlage kurzfristig verfügbarer Daten berechnet wird, lag im Oktober um 1,8% über dem gleichen Vorjahresmonat und saisonbereinigt um 2,1% über September 2009. Folgende Branchen wiesen Zunahmen aus; Nahrungsmittel: 5,6%; Textilien: 8,9%; Papier und Pappe: 8,8%, Chemie: 8,5%; Kautschuk und Kunststoffe: 8,2%. Bei Erdölraffinerien trat eine Abnahme von 17,9% ein, und bei Zigaretten eine von 6,3%. In 10 Monaten 2009 betrug die Abnahme gegenüber dem Vorjahr 1%. Die Consulting Firma Orlando Ferreres & Partner hat für Oktober einen Rückgang von 6,9% gegenüber dem Vorjahr berechnet, und für 10 Monate einen von 9,4%.

Der ehemalige Wirtschaftsminister Domingo Cavallo hat in einem Artikel in der Zeitung "La Nación" (22.11.09) die These vertreten, dass der Wechselkurs nicht "hoch" zu sein brauche, um

den Export zu fördern. Er weist darauf hin, dass die Exporte im Jahrzehnt 1991/2001 um 121% zugenommen haben, gegen 49% im Jahrzehnt 1980/91 und 99% in 9 Jahren 2002/09. Auf einer Basis von 100 ergibt sich für Argentinien in der Periode 1991/2001 ein realer Wechselkurs von 65, in der Periode 1980/91 einer von 113, und in der Periode 2002/09 einer von 121. Während der Export in Argentinien 1991/2001 um 121% stieg, nahm er in Brasilien um 84% und in Chile um 89% zu. Cavallo erklärt, dass das gute Ergebnis seiner Amtszeit und unmittelbar danach auf eine effektive Exportpolitik zurückzuführen sei, und verweist auf seinen internet-blog:

www.cavallo.com.ar

Die Ministerin für Industrie und Tourismus, Debora Giorgi, erklärte anlässlich des 121 Kongresses der Holzindustrie, den der Verband FAIMA (Federación argentina de la industria de la madera y afines) organisiert hat, dass die nicht automatischen Importlizenzen in den Sektoren beibehalten werden, in denen sie für die Entwicklung der lokalen Industrie notwendig seien. Beiläufig bestätigte sie diese Sondergenehmigungen für Möbelimporte, was besonders Brasilien betrifft. Sie wies darauf hin, dass Argentinien und Brasilien eine strenge Kontrolle der Abkommen über freiwillige Beschränkung der Exporte durchführen würden, zu denen sich die Unternehmer verpflichtet haben. Dies ist jedoch etwas grundsätzlich anderes als die "nicht automatischen Importlizenzen".

Die Exporte gingen im Oktober 2009 gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat um 21% zurück, wobei 14% auf niedrigere Preise und 8% auf gesunkene Mengen zurückzuführen sind. Die Importe nahmen um 29% ab, bei Preisen, die um 13% und Mengen, die um 18% niedriger lagen.

Der Handelsbilanzüberschuss erreichte in 10 Monaten 2009 u\$ 14,44 Mrd. verglichen mit u\$ 12,60 Mrd. in der gleichen Vorjahresperiode.

Von den gesamten Exporten gingen in den ersten 10 Monaten 23% an die Mercosur-Partner, 19% an die EU, 16% nach China, Indien, Japan und Korea, 9% an die NAFTA-Staaten (USA, Kanada und Mexico), 8% nach Chile, 7% an andere ALADI-Staaten, 5% an den mittleren Orient, 3% nach Ägypten und Magreb, und 10% an andere Staaten.

Auf Antrag des Stahlunternehmens Siderar (Techint-Konzern) hat das Ministerium für Industrie und Tourismus die bestehenden Antidumpingmassnahmen für Stahlbänder und Bleche aus Südafrika, Taiwan, Korea und Australien für drei Jahre verlängert.

Am Freitag der Vorwoche hat das Landwirtschaftsministerium mit mehrmonatiger Verspätung die Zahlen über die Ernte von Getreide und Ölsaaten der Periode 2008/09 bekanntgegeben: 60,77 Mio. t. Ausseroffiziell wurde bis vor kurzem mit 63 Mio. t gerechnet. In der Periode 2007/08 waren es 96 Mio. t gewesen, so dass der Rückgang 37% beträgt.

Die Firma Sancor, die heute eine Aktiengesellschaft ist, aber als Genossenschaft von Milchbauern von Santa Fé und Córdoba gegründet wurde, und Milch in mehreren Fabriken verarbeitet, hat die Marken Mendicrim und Shimy von Nestlé übernommen, sowie andere Aktiven, die einem 2004 gegründeten Gemeinschaftsunternehmen von Sancor mit Nestlé und der neuseeländischen Fonterra gehörten, das jetzt aufgelöst wurde.

Der Vorsitzende des ONCCA-Amtes des Landwirtschaftsministeriums, Juan Manuel Campillo, erklärte, dass die Verteilung der Hilton-Fleischexportquote (28.000 t Qualitätsfleisch, das an die EU mit niedrigem Zollsatz geliefert wird) erst im Februar erfolgen werde, also etwa 4 Monate vor Ablauf der Periode, für die sie gewährt wurde. Bisher wurde nur 20% provisorisch zugeteilt. Die Verzögerung, die keinen vernünftigen Sinn hat, stört den Ablauf der Ex-

porte und schafft zusätzliche Lagerungs- und Finanzierungskosten.

Landwirtschaftsminister Julián Domínguez forderte Binnenhandelssekretär Guillermo Moreno auf, zu intervenieren, damit die Landwirte für Weizen den Paritätspreis erhalten. Der interne Preise müsste gleich dem internationalen, minus Exportzöllen, Frachten und Exportkosten sein, liegt aber faktisch darunter, weil der Export kontingentiert ist, so dass die Exporteure nicht mit den Mühlen konkurrieren können. Die einzige Lösung besteht darin, den Export freizugeben, und den Mühlen Kredite einzuräumen, damit sie den Weizenkauf finanzieren können. Dies liegt jedoch nicht im Sinn von Moreno und wird auch nicht von den landwirtschaftlichen Verbänden vorgebracht. 2007/08 wurden 16 Mio. t Weizen geerntet, 2008/09 8,7 Mio. t und für 2009/10 werden zwischen 7 und 8,5 Mio. t erwartet. Der interne Konsum liegt bei 6 Mio. t.

Die ZB hat am Dienstag Wechsel für \$ 1 Mrd. ausgeschrieben, Offerten für \$ 2,18 Mrd. erhalten und \$ 2,14 Mrd. zugeteilt. Es wird nicht erklärt, welchen Sinn der Ausschreibungsbetrag hat, nachdem die Zuteilungen in der Regel mehr als doppelt so hoch liegen. Lebac auf 140 Tage wurden zu 13,15% verzinst, auf 175 Tage zu 13,40%, auf 189 Tage zu 13,75%, auf 217 Tage zu 14%, auf 259 Tage zu 14,20%, auf 343 Tage zu 14,75%, auf 525 Tage zu 15,26% und auf 707 Tage zu 15,70%. Die Zinsen sind gegenüber der Vorwoche leicht gesunken und die Fristen im Durchschnitt gestreckt worden. Für Nobac, die mit Badlar-Satz verzinst werden, gab es kein Interesse.

Die japanische Honda hat den im Januar stillgelegten Bau ihrer neuen Fabrik in Campana, Provinz Buenos Aires, wieder aufgenommen, mit der Absicht, sie nächstes Jahr fertig zu stellen. Es handelt sich um eine Investition von u\$ 100 Mio. für eine Fabrik mit einer Kapazität von 30.000 Automobilen pro Jahr. Honda hat schon 1997 eine Fabrik in Brasilien in Betrieb genommen, so dass mit der Fabrik in Argentinien der kompensierte Austausch eingeleitet werden kann.

Die Regierung hat durch Dekret 1810/09 (Amtsblatt vom 24.11.09) eine Erhöhung der öffentlichen Ausgaben beschlossen, angeblich in Höhe von \$ 25 Mrd. Zur Finanzierung soll der Betrag von u\$ 2,45 Mrd. eingesetzt werden, den der IWF im August dem Land im Rahmen der Kapitalerhöhung zugeteilt hat. Ursprünglich sollte dieser Betrag für die Erhöhung der ZB-Reserven eingesetzt werden. Jetzt soll er laut dem Dekret für Gehaltserhöhungen, Zuwendungen an die "Madres de Plaza de Mayo", für die Feier des 200 Jahrestages des 25. Mai 1810, für die Sanierung des Riachuelo, für Werbung des Kabinettschefs, für das Rally Dakar 2010, für den Wetterdienst, das INTI, das Senasa und das Wasserunternehmen AYSA, für Wohnungsbau, Subventionen für Eisenbahnen, Aerolíneas Argentinas und Omnibusse, und für das Kohlenbergwerk Rio Turbio eingesetzt werden.

Die IHG-Hotelkette beabsichtigt die Eröffnung von zwei neuen Hotels in Argentinien: ein 5-Sterne-Hotel Intercontinental mit 252 Zimmern in Mendoza im März, und ein Holiday-Inn 175 Zimmern in Rosario, noch in diesem Jahr. Das Intercontinental soll über u\$ 30 Mio. kosten und von der Gruppe KLP, von Mendoza, finanziert werden, die dem Unternehmer Rafael Garfunkel nahesteht.

Der Präsident der Bautenkammer, Carlos Wagner, wies in seiner Ansprache anlässlich der 57. Konvention der Kammer darauf hin, dass die Provinzen Buenos Aires und Córdoba, und die Bundeshauptstadt, beschlossen hätten, Schulden in Höhe von \$ 2 Mrd. gegenüber Bauunternehmen mit Bonds auf ein bis sieben Jahre und einem Zinssatz zwischen 12% und 14% zu zahlen. Er gab dabei seiner Sorge über die Hinausschiebung der Zahlungen zum Ausdruck, und meinte, die Ausgabe von Bonds sollte eine Ausnahme sein. Wagner gab auch seiner Sorge Ausdruck, dass diese Bonds unter Pari gehandelt würden.

Die Präsidentin Cristina Kirchner kündigte am Mittwoch an, dass die Rentner, die bis zu \$ 1.500 beziehen, im Dezember einen

Zusatz von \$ 200 bis \$ 350 erhalten werden. Das betrifft gemäss ANSeS-Zahlen 4,95 Mio. Empfänger von Pensionen und Hinterbliebenenrenten, die 90% der Gesamtzahl ausmachen. Insgesamt soll dies \$ 1,79 Mrd. kosten. Bis zur Mindestpension von \$ 827,20 beträgt die Subvention \$ 350, bis zu \$ 1.000 \$ 325, bis zu \$ 1,100 \$ 300, bis zu \$ 1,200 \$ 275, bis zu \$ 1.300 \$ 250, bis zu \$ 1.400 \$ 225 und bis zu \$ 1.500 \$ 200.

Die Regierung hat am Mittwoch ein Abkommen mit der lokalen Pharmaindustrie bekanntgegeben, durch das 578 Medikamente (darunter auch Viagra) bis zum 1.7.2010 um 30% verbilligt werden. Präsidentin CK wies darauf hin, dass der Staat über das Gesundheitsamt für Rentner, genannt PAMI, ein grosser Käufer von Medikamenten sei, so dass er dabei viel Geld sparen werde. Das Abkommen wurde von den Verbänden Caeme (ausländische Firmen), Cilfa (nationale Firmen), Cooperala (Genossenschaften) und Capgen (Unternehmen, die nur generische Produkte herstellen) unterzeichnet. Die Regierung versprach als Gegenleistung, die Inkraftsetzung des Programmes der strategischen Entwicklung der Industrie, von dem man jedoch nicht weiss, auf was es sich bezieht. Es ist nicht klar, wie dies durchgeführt wird, nachdem die Medikamente seit der Deregulierung von 1991 starke Preisdifferenzen aufweisen, sowohl unter Produkten mit der gleichen Wirkung, wie auch unter Apotheken beim gleichen Produkt. Das Gesetz über generische Medikamente vom Jahr 2002 hat dieses Phänomen verstärkt.

Die Präsidentin Cristina Kirchner kündigte an, dass am 29. Dezember 2009 die Ausschreibung eröffnet wird, damit ein lokales Laboratorium 8 Mio. Dosen Impfstoff gegen die Grippe A vor Winterbeginn erzeugt. Angeblich soll der Staat dies zahlen und den Impfstoff unentgeltlich verteilen.

Das Statistische Amt (INDEC) berichtet, dass der Umsatz zu konstanten Preisen der Shopping-Centers im Oktober um 17,6% über dem gleichen Vorjahresmonat und um 2,5% über September 2009 lag. Zu laufenden Werten lag die interannuelle Zunahme im Oktober bei 25,1%, bei einer Preiszunahme von 3,1%, und von 0,6% gegenüber September. Die Erhebung bezieht sich auf 33 Verkaufszentren, von denen sich 18 in der Bundeshauptstadt und 15 in der Umgebung derselben befinden.

Das Tourismusamt der Stadt Buenos Aires gab bekannt, dass in der Saison 2009/10 mit 300.000 Touristen gerechnet wird, die mit grossen Kreuzern in Buenos Aires eine Zwischenstation machen. Das wären 11,4% mehr als im Vorjahr. Die ständige Zunahme der Zahl dieser Kreuzer hat die Firma "Terminales del Rio de la Plata S.A.", die den Quai am Hafen von Buenos Aires betreibt, der für diese Schiffe bestimmt ist, veranlasst, u\$ 23 Mio. in eine Erweiterung zu investieren, so dass auch Schiffe mit 300 Metern Länge anlegen können.

Das Sanitätsamt des Landwirtschaftsministeriums SENASA gab bekannt, dass die Zahl der Rinder, die in Feed-lots gemästet werden, von 1,3 Mio Anfang des Jahres um 60% auf 2,12 Mio. im September gestiegen ist. Insgesamt bestehen 2.189 Feed-lots.

Der Präsident der Bank der Provinz Buenos Aires (BAPRO), Guillermo Francos, gab bekannt, dass die Bank im Laufe dieses Jahres Kredite an die Landwirtschaft in Höhe von \$ 1,37 Mrd. erteilt habe, 42% mehr als 2008. Davon wurden \$ 400 Mio. zu Zinsen von 8% verteilt, wobei diese Kredite von der Provinzregierung subventioniert wurden..

MAXINTA

Casa de Cambio
Sociedad de Bolsa

Máximo Intaglietta
Fernán Peralta Ramos
Magdalena Brennan
Carola Seleguan

Sarmiento 378 6° y 7° 5278-4400

Gestiegene Arbeitslosigkeit

Das Statistische Amt (INDEC) hat für das 3. Quartal 2009 eine Arbeitslosigkeit von 9,1% der aktiven Bevölkerung (diejenigen, die effektiv arbeiten, plus diejenigen, die arbeiten wollen, es aber nicht tun) ermittelt, die sich mit 7,8% im gleichen Quartal 2008 und 8,1% 2007 vergleicht. Der Koeffizient von 10,2% im Jahr 2006 rückt somit näher. Experten, wie besonders Ernesto Kritz (von SEL, "Sociedad de Estudios Laborales") weisen jedoch darauf hin, dass der Koeffizient durch eine methodologische Änderung gedrückt wurde, die darin besteht, dass nur diejenigen als arbeitslos betrachtet werden, die sich innerhalb einer Woche vor der Befragung um eine Stellung bemüht haben, während es bisher ein Monat war. Die Arbeitslosen, die sich nicht um eine Beschäftigung bemühen, werden ausgeschlossen. Ohne diese methodologische Änderung steigt der Koeffizient auf mindestens 9,6%. Wenn man ausserdem noch diejenigen berücksichtigt, die die Subvention für Familienoberhäupter erhalten und eine Gegenleistung in Form kommunaler Arbeit liefern müssen, in Wirklichkeit jedoch kaum arbeiten, liegt der Koeffizient schon bei 10%.

Die Unterbeschäftigung betrifft 10,2% der aktiven Bevölkerung, gegen 9,1% ein Jahr vorher. Als "unterbeschäftigt" werden diejenigen eingestuft, die unter 35 Wochenstunden arbeiten, jedoch mehr arbeiten wollen. Das ist ein fragwürdiges Kriterium, weil 35 Wochenstunden für viele Menschen, vor allem im Landesinneren, mehr als normal sind.

Die Zahl der Vollarbeitslosen beträgt somit 1,48 Mio., 240.000 mehr als ein Jahr zuvor. Die Zahl der Unterbeschäftigten lag bei 1,73 Mio. 260.000 mehr als im Vorjahr. Somit haben insgesamt 3,21 Mio. Menschen ein Beschäftigungsproblem, 500.000 mehr im Vorjahr.

Die aktive Bevölkerung erreichte 46,1% der Gesamtbevölkerung, gegen 45,7% im Vorjahr. In Krisenzeiten suchen oft mehr Familienmitglieder nach einer bezahlten Beschäftigung, um den Einkommensausfall des Mannes teilweise auszugleichen. Abgesehen davon ist dieser Koeffizient immer noch niedrig. In den Industriestaaten liegt er über 60% und in Chile bei 50%. Die Frauenarbeit ist hier nicht so ausgebreitet wie in anderen Ländern. Die gestiegene Arbeitslosigkeit ist somit zum Teil

auch darauf zurückzuführen, dass mehr Menschen eine Arbeit suchen.

Die Beschäftigungsstatistik wird auf der Grundlage der Daten berechnet, die sich aus der periodischen Haushaltsumfrage ergeben. Die Umfrage bezieht sich auf etwas über 10.000 Fälle in 28 städtischen Ballungsgebieten, und das Ergebnis wird dann auf das ganze Land hochgerechnet. Wie weit dies zulässig ist sei dahingestellt; denn in der Landwirtschaft ist die Beschäftigung unregelmässiger, und in kleinen Dörfern pflegen die Menschen auch weniger zu arbeiten, weil sie eine andere (weitere?) Lebensphilosophie haben. Ausserdem pflegen die Arbeitslosen in die grösseren Städte abzuwandern (besonders nach der Umgebung der Bundeshauptstadt), so dass sie dort als Arbeitslose gemeldet werden, was dann statistisch auf kleine Dörfer übertragen wird, wo sie nicht mehr wohnen.

In einem Land, in dem gemäss offiziellen Zahlen 36% der Beschäftigten schwarz arbeiten, und viele Menschen von Gelegenheitsarbeiten leben, ist die Erfassung der Arbeitslosigkeit und noch mehr, der Unterbeschäftigung, besonders schwierig.

Die Verfolgung von Papel Prensa

Das Unternehmen "Papel Prensa S.A.", das eine Zeitungspapierfabrik in San Pedro, Provinz Buenos Aires, am Paraná-Fluss, betreibt, hat eine lange Geschichte.

1969, als General Juan Carlos Onganía Präsident und José María Dagnino Pastore Wirtschaftsminister waren, wurde das Projekt eingeleitet, eine Zeitungspapierfabrik zu errichten, um die Abhängigkeit vom importierten Papier zu verringern, das damals den gesamten Konsum deckte. Roberto Noble, damals Inhaber und Leiter der Zeitung Clarín, hatte sich entschieden für das Projekt eingesetzt. Die finnische Jaako Poiri wurde für eine Studie verpflichtet (die zu einem positiven Ergebnis gelangte), und es gab eine lange Diskussion.

Doch erst 1971, als General Alejandro A. Lanusse Präsident war, wurde das Projekt ausgeschrieben, wobei bestimmte steuerliche Vorteile gewährt wurden. Der ursprüngliche Gewinner, Editorial Abril S.A., (Familie Civita) gab bald auf, und das Projekt wurde schliesslich 1973 auf Anraten des damaligen Wirtschaftsministers José Ber Gelbard an den Immobilienmakler und Banker David Graiver zugeteilt, der den Bau der Fabrik begann, jedoch dann aufgab und ins Ausland flüchtete, nachdem die Militärregierung erfahren hatte, dass seine Bank Gelder der Terroristenorganisation Montoneros verwaltete. Später kam er bei einem Flugunfall um.

Unter der Präsidentschaft von General Jorge Rafael Videla suchte Wirtschaftsminister José A. Martínez de Hoz (1976/81) eine Lösung, um die Fabrik fertigzustellen und in Betrieb zu nehmen. Es gelang ihm, die Verlage der drei grossen Zeitungen, Clarín, La Nación und La Razón, zu überzeugen, das Projekt zu übernehmen und weiterzuführen. La Prensa weigerte sich, mitzumachen. Die Übernahme durch die grossen Zeitungen war politisch die einzige Lösung, da dadurch der Konflikt zwischen dem Papierfabrikanten und den Papierkonsumenten vermieden wurde. 1981 wurde die Fabrik in Betrieb genommen. Nachdem der Verlag der Zeitung La Razón einige Jahre später in Konkurs geriet, wurde dieses Aktienpaket an Clarín verkauft. Somit hält jetzt die Clarín-Gruppe 49%, La Nación 22,49%, der Nationalstaat 27,46% und Minderheitsaktionäre 1%.

Die Fabrik wurde inzwischen erweitert und verfügt über eine Kapazität von etwa 200.000 Jato Zeitungspapier, die den grössten Teil

des Zeitungspapierkonsums deckt. Die Qualität des Papiers wurde verbessert und internationalen Normen angepasst. Papel Prensa beliefert bis zu 170 lokale Zeitungen, wobei die Zeitungen Clarín und La Nación auch Papier importieren. Für kleinere Zeitungen ist es von Vorteil, das Papier von Papel Prensa zu kaufen, weil sie es unmittelbar erhalten ("just in time"). Bei grossen Zeitungen, die schnelllaufende Rotationsmaschinen verwenden, ist gelegentlich importiertes Qualitätspapier besser, das eine grössere Reissfestigkeit aufweist. Auf alle Fälle konkurriert Papel Prensa mit importiertem Papier, das zollfrei (es zahlt nur die statistische Gebühr) importiert wird.

2008 hat Néstor Kirchner einen persönlichen Krieg gegen Clarín aufgenommen, weil die Zeitung sich auf die Seite der Landwirte stellte, was sie tun musste, da es sich auch um ihre Leser handelte. Inzwischen hat die Regierung den Vertrag für die Übertragung der Fussballspiele mit der zur Clarín Gruppe gehörenden "Torneos y Competencias" aufgehoben und ein Mediengesetz verabschiedet, gemäss dem die Clarín-Gruppe Rundfunk- und Fernsehsender abgeben muss. Clarín quittierte dies mit einer ununterbrochenen Information über Korruptionsfälle, die die Kirchners direkt und auch über ihre engen Mitarbeiter betreffen. Es sind so viele und so schwerwiegende, dass man wirklich staunt.

Jetzt ist NK (oder Moreno?) der Trick eingefallen, die Zeitungen über das Papier zu knebeln. Wenn es der Regierung gelingt, Papel Prensa zu intervenieren und politisch zu leiten, dann kann die Versorgung mit Zeitungspapier der einzelnen Zeitungen begrenzt werden, wobei auch der Import über nicht automatische Lizenzen behindert werden kann. Die grossen Zeitungen können dadurch zu einer niedrigeren Auflage gezwungen werden. Das klingt etwas phantastisch, wäre jedoch im Grunde nur eine Wiederholung des Systems, das unter den ersten zwei Perón-Regierungen (1946/55) galt, bei dem den Zeitungen Importquoten zugeteilt wurden, die besonders La Nación zwangen, die Auflage zu beschränken. Auch das "Argentinische Tageblatt" hat damals unter diesem System gelitten und konnte zweitweilig nur mit einer sehr dünnen Zeitung erscheinen.

Die nationale Wertpapierkommission (Comisión Nacional de Valores, CNV) hat letzte Woche beschlossen, eine Untersuchung über

die Firma Papel Prensa S.A. einzuleiten und sie auf deren Direktoren, Syndici und Grossaktionäre auszudehnen. Konkret liegt nichts gegen das Unternehmen vor; es soll eben eine Suchaktion sein. Die CNV, geleitet von Alejandro Vanoli, hat bisher nur unbedeutende formelle Aspekte beanstandet, die keine Untersuchung rechtfertigen, wie die Tatsache, dass die Protokolle über eine Generalversammlung nicht sofort angefertigt und unterschrieben worden sind. Der vorherige Vorsitzende der CNV, Eduardo Hecker, wurde zum Rücktritt gezwungen, weil er sich geweigert hatte, gegen Papel Prensa vorzugehen. Ebenfalls ist der Direktor, der das staatliche Aktienpaket vertritt, zurückgetreten und durch Beatriz Paglieri ersetzt worden, die Moreno blind gehorcht. Danach hat Moreno den Direktor der Börse von Buenos Aires, Adelmo Gabbi angerufen, und ihm angeordnet, auch eine Untersuchung einzuleiten, worauf dieser einwilligte, um Repressalien zu vermeiden, und eine rein formelle Kontrolle anordnete, die zum Ergebnis führte, das alles in Ordnung war.

Vorher wurde der Vorsitzende der allgemeinen Staatssyndikatur (SIGEN), Carlos Pacios, zum Rücktritt gezwungen und durch Daniel Reposo ersetzt, der am Montag persönlich im Büro von Papel Prensa in der Bundeshauptstadt erschienen war und allerlei Information über die Buchhaltung der Firma forderte und auch erhielt, obwohl sein Vorgehen illegal war.

Am Dienstag schloss sich auch Wirtschaftsminister A. Boudou dieser Verfolgungskampagne an: er forderte die Deputiertenkammer auf, eine parlamentarische Untersuchung über das Unternehmen einzuleiten, "da die letzten Generalversammlungen von Unregelmäßigkeiten strotzten". Auf was er sich konkret bezog, und über welche Unterlagen er verfügte, verschwie er. Offensichtlich handelt Boudou im Auftrag von NK. Es ist eine Schande, dass er sich dafür hergibt, wie ein kleiner Stift, der ohne Widerspruch gehorcht. Von einem Wirtschaftsminister erwartet man eine andere Haltung, die der Würde des Amtes entspricht.

Betreiber der Nordautobahn interveniert

Die Firma "Autopistas del Sol S.A." (Ausol), betreibt die Ausfahrtautobahn nach Norden ("acceso Norte"), die von Buenos Aires nach Pilar und Zárate führt, im Rahmen einer Konzession, die sie unter der Menem-Regierung erhielt. Da das Unternehmen letzte Woche eine Zinszahlung in Höhe von u\$ 10 Mio. nicht geleistet hat, hat die Regierung sie interveniert, unter dem Vorwand, dass die finanzielle Lage geprüft und die Sicherheit des öffentlichen Dienstes gewährleistet werden muss.

Ausol hat eine Gesamtschuld von \$ 1,14 Mrd. und ein negatives Vermögen von \$ 11 Mio. Seit 2005 weisen die Bilanzen Verluste auf. Das Problem ist entstanden, weil sich Ausol in Dollar verschuldet hat, um die Investitionen für den Ausbau und die Verbesserung dieser Autobahnen zu finanzieren, die Tarife jedoch 2002 in Pesos eingefroren wurden und danach nur ungenügend erhöht wurden.

Ebenfalls hat Ausol Schwierigkeiten, unter diesen Umständen einen neuen Kredit zu erhalten, um den alten zu amortisieren. Es ist somit logisch, dass der ursprüngliche Finanzplan nicht erfüllt werden kann.

Ausol gehört zu 31,59% der spanischen Albertis, zu 19,82% der ita-lienischen Impregilo, zu 7% der lokalen Sideco Americana (Macri-Gruppe), zu 5,82% der spanischen Dica casa und zu 5,72% der ebenfalls spanischen ACS. 30,04% des Kapitals wurde über die Börse bei Minderheitsaktionären untergebracht. Die Regierung interveniert prinzipiell Unternehmen, die öffentliche Dienste betreiben und ihren Schulden nicht nachkommen können, obwohl diese Zahlungsunfähigkeit durch die Regierung verursacht worden ist. So war es im Fall von TGS, die die Gasleitung von Jujuy nach Buenos Aires betreibt und dem Techint-Konzern gehört. Jetzt soll angeblich

auch das Gasverteilungsunternehmen Metrogas interveniert werden.

Die Interventoren wirken störend, haben jedoch bisher keine weitere Bedeutung. Sie haben jedoch auf alle Fälle eine Erpressungsmöglichkeit. Es wird befürchtet, dass es sich um den ersten Schritt einer Rückverstaatlichung handelt, oder um Druck, damit diese Unternehmen eine Beteiligung (eventuell sogar die Kapitalmehrheit) zu einem Schleuderpreis an einen Kirchner-Freund abzutreten. Ebenfalls wird befürchtet, dass die Regierung von diesen Firmen fordert, dass sie mit ihren Gläubigern einen Abschlagn auf die Schuld aushandeln, was die Inhaber von Ausol jedoch schädigt, weil sie dann allgemein schlecht benotet werden. Bei den Kirchners weiss man nie, welche krummen Hintergedanken hinter der formell harmlosen Ernennung eines Interventors zu Kontrollzwecken stecken.

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

Korruption und Wirtschaft

Die internationale Organisation "Transparency International" hat zusammen mit der lokalen Stiftung "Poder Ciudadano" Argentinien weltweit an den 5. Platz der korruptesten Länder eingestuft, einen Platz den das Land mit Benin, Gabun, Sambia und Niger teilt. Unsere Nachbarn u.a. lateinamerikanische Staaten wurden viel besser eingestuft: Chile und Uruguay auf Platz 25, und Brasilien, Kolumbien und Peru auf Platz 75. Eine Schande!

Dass es in Argentinien seit jeher eine hohe Korruption gibt, ist nichts Neues; doch neu ist die Tatsache, dass die Korruption unter den Kirchners stark gestiegen ist und ein bisher unbekanntes Ausmass angenommen hat. Neu ist auch die Unverfrorenheit mit der jetzt gestohlen wird. Dass der Diebstahl sogar notariell beglaubigt wird, wie es die Kirchners bei ihrem offiziell angegebenen Vermögenszuwachs vollzogen haben, sprengt sogar die Vorstellung, dass Korruption diskret, hinter verschlossenen Türen und ohne Spuren zu hinterlassen, vollzogen wird.

Noch schlimmer ist der Fall der Fonds der Provinz Santa Cruz im Ausland. Die Provinz erhielt 1994, als Néstor Kirchner Gouverneur war, u\$ 654 Mio. an rückständigen Erdölgebühren, ohne deren Zahlung die Gouverneure der zehn Erdölprovinzen, einschliesslich NK, der Privatisierung von YPF ihre Zustimmung verweigerten. Es war eine klare Erpressung. Auf Rat des damaligen Wirtschaftsministers D. Cavallo legte NK damals u\$ 190 Mio in Aktien der neuen priva-

ten YPF an, die er zu u\$ 19 pro Aktie erwarb. Als dann einige Jahre später YPF von der spanischen Repsol gekauft wurde, zahlte diese u\$ 44 pro Aktie. Mit vermutlichen (niedrigen) Zinsen gelangt man auf einen Betrag von über u\$ 1,3 Mrd. All dies ist bei der Wertpapierkasse der Börse genau belegt und müsste auch in der Buchhaltung des Nationalstaates und der Provinz Santa Cruz registriert sein.

Ein ehemaliger justizialistischer Abgeordneter, Juan Gabriel Labaké, und ein Journalist Namens Adrián Salbuchi haben vor Jahren schon eine Klage vor Gericht über den Fall eingereicht, nachdem NK als Präsident den Betrag auf etwas über u\$ 500 Mio. bezifferte und allerlei falsche Angaben über den Fall erzählte, u.a., dass das Geld zeitweilig bei der "Federal Reserve" der USA deponiert gewesen sei, was nicht stimmt und überhaupt nicht möglich ist. Der damalige Bundesrichter Montenegro (der jetzt Justizminister der Stadt ist) wollte es nicht mit Néstor Kirchner aufnehmen und sandte die Akten nach Santa Cruz, unter dem Vorwand, dass es sich um eine lokale Angelegenheit handle, und der provinzielle Richter sprach NK ohne jegliche Erklärung frei. Tatsache ist, dass mindestens u\$ 700 Mio. spurlos verschwunden sind, wobei die Auskunft über die zugegebenen über u\$ 500 Mio. auch oberflächlich und mit Widersprüchen behaftet ist.

Zahlreiche andere Korruptionsfälle der Kirchners und ihrer Kumpanen sind weitgehend bekannt, wobei jetzt der Journalist Luis Majul sie in einem Buch zusammengefasst hat, das sich wie warme Semmel

verkauft. Die einzelnen Fälle sind öffentlich bekannt, und es laufen zahlreiche Prozesse, bei denen die Kirchners und viele hohe Beamte angeklagt werden, u.a. Planungsminister Julio de Vido, der ehemalige Transportsekretär Ricardo Jaime und vier Privatsekretäre von CK. Mit einem Bruchteil dieser Fakten würde es in anderen Ländern eine parlamentarische Untersuchung und einen politischen Prozess geben, den die Regierung nicht überleben könnte. Aber in Argentinien geschieht eigentlich gar nichts. Die Richter strecken die Prozesse in die Länge, weil sie vom Richterrat bedroht werden, der von den Kirchner-Anhängern Carlos Kunkel und Diana Conti beherrscht wird. Auch das ist Korruption. Für die breite Öffentlichkeit scheint dies jedoch eher ein amüsanter Gesprächsthema als ein phänomenaler Skandal zu sein. Ist die Gesellschaft wirklich selber so korrupt, dass sie diese Dinge als normal hinnimmt? Achtung: es ist kein Schnupfen; es ist Krebs!

Abgesehen von der Korruption in den Höhen der Machtstruktur von Staat und Politik, schafft der bestehende Interventionismus unzählige Korruptionsmöglichkeiten. Bei Subventionen für "Feed lots", Weizenmühlen und Milchbauern wurden schon mehrere Fälle aufgedeckt, bei denen die Subvention an Personen gezahlt wurde, die nichts mit diesen Tätigkeiten zu tun hatten. Bei den Transportsubventionen soll der ehemalige Transportsekretär Ricardo Jaime stets einen Teil in seine Tasche gesteckt haben. Darüber läuft jetzt ein Prozess. Allgemein ist es unvermeidbar, dass unsere Beamte ein Schmiergeld dafür kassieren, dass sie bestimmte Zahlungen beschleunigen oder nicht verzögern. Wenn im Staat oben grosse Korruption besteht, haben diese Beamten auf alle Fälle weniger Bedenken, auch etwas einzustecken.

Die Abhängigkeit von Unternehmen, die öffentliche Dienste betreiben, und auch anderer, vom Staat, schafft ebenfalls viel Korruption, weil es keine festen Spielregeln gibt, sondern die auftretenden Probleme von Fall zu Fall willkürlich gelöst werden. Der Extremfall ist der "Verkauf" von 15% des Kapitals von YPF durch die spanische Repsol-YPF an den lokalen Unternehmer (und Kirchner Freund) Enrique Eskenazi, der für den Kauf einen Kredit von YPF erhielt, der mit den Aktien des Unternehmens gesichert wird, die Eskenazi übernimmt, und mit den Dividenden dieser Aktien bezahlt wird. Es ist somit ein Geschenk, für das Repsol offensichtlich als Gegenleistung eine freundlichere Erdölpolitik erwartet. Sonst hat das Geschäft überhaupt keinen Sinn. 15% von YPF sind nach jüngsten Schätzungen gut u\$ 2 Mrd. wert. Ein gigantisches Schmiergeld!

Dass den Provinzen ein grosser Teil der Mittel, die ihnen an den Steuereinnahmen des Nationalstaates übertragen werden, willkürlich und als politisches Druckmittel zugeteilt werden, statt nach einem festen Schlüssel, ist ebenfalls Korruption. Dieses Problem wird von der Opposition und einigen Gouverneuren ständig vorgelegt, aber von der Regierung ignoriert. Die automatische Verteilung des Erlöses aus nationalen Steuern (auch der Exportzölle und der Brennstoffsteuern, die der Nationalstaat voll für sich behält, und der Schecksteuer, bei der die Provinzen eine relative geringe Beteiligung haben) unter dem Nationalstaat und den Provinzen, sollte eines der ersten Themen des neuen Parlamentes sein. Denn mit dem bestehenden System, das dem Nationalstaat zunächst einen anormal hohen Anteil am Steuererlös zuführt, von dem dieser einen Teil wieder an die Provinzen abgibt, hat der Präsident eine direkte Möglichkeit, Druck auf die Gouverneure auszuüben, was die Kirchners in extremer Form politisch auszunutzen. Es ist ein hochkorruptes System. Unter Menem gab es kaum Exportzölle

und keine Schecksteuer, so dass diese Extraeinnahmen des Nationalstaates und die sich daraus ergebende Druckmöglichkeit nicht bestanden. Abgesehen von der automatischen Beteiligung an den Nationalsteuern erhielten nur einige arme Provinzen etwas mehr aus einem Sonderfonds, der damals bestand.

Korruption ist für die Wirtschaft wie Sand im Getriebe. Es geht dabei nicht nur um das Geld selbst, sondern darum, dass dabei der wirtschaftliche Ablauf gestört wird, neue Unsicherheitsmomente eintreten, zweifelhafte Gestalten seriöse Unternehmen verdrängen, Investitionen gehemmt und Staatsausgaben erhöht und fehlgeleitet werden. Korrupte Gesellschaften entwickeln sich schlecht, mit wenig Wachstum, es sei denn, dieser wird durch ausserordentliche Faktoren, wie die Entdeckung hoher Erdöllager, angetrieben. Aber auch dann bleiben diese Gesellschaften qualitativ zurück. Moderne Gesellschaften, die allgemeinen Wohlstand bieten, und nach und nach alle einschliessen, sind ohne eine starke ethische Überzeugung nicht möglich. Diese muss beim politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Establishment besonders ausgeprägt sein. Die gesellschaftliche Lösung beginnt mit der öffentlichen Erziehung, die einen betont ethischen Inhalt haben muss. Es braucht keine "protestantische Ethik" zu sein, wie es der deutsche Kulturphilosoph Max Weber seinerzeit als Grundlage des Kapitalismus aufstellte. Die Moral ist ein Bestandteil sämtlicher Religionen und gilt auch für Agnostiker, manchmal sogar noch mehr, da für manche von ihnen Ethik unterschwellig ein Religionsersatz ist. Ein allgemein gutes ethisches Verhalten erleichtert den Ablauf der Wirtschaft allgemein und schafft Effizienz und Wohlstand.

Dennoch darf man sich nicht täuschen: für die Wirtschaft sind Fehlentscheidungen, Irrationalität, Schlamperie, Missachtung der Rechtsordnung und der Spielregeln, hohe Kriminalität und allgemeine Unordnung unendlich kostspieliger als Korruption. All dies besteht im heutigen Argentinien in hohem Ausmass. Der Hochgeschwindigkeitszug (der zum Glück versendet ist) hätte das Land nahe an die u\$ 10 Mrd. gekostet, ohne zum BIP-Wachstum beizutragen, sondern sogar mit einer negativen Wirkung wegen der zu erwartenden operativen Verluste. Das ist auf alle Fälle viel mehr als die Kirchners und ihre Kumpanen entwendet haben. Ebenfalls ist die Rückverstaatlichung von Aerolineas Argentinas viel teurer. Und die falsche Wirtschaftspolitik auf dem Gebiet der Landwirtschaft und des Erdöls und Gases kommt dem Land schliesslich auch viel teurer zu stehen, als alles was gestohlen wird. Und so weiter, und so fort. Das ist keine Entschuldigung der Korruption, und noch weniger eine Rechtfertigung. Es soll nur bedeuten, dass es mit der Ethik allein bei Weitem nicht getan ist.

Doch für die meisten Menschen liegt der Fall so, dass das, was mir fehlt, der andere (in der Regierung) gestohlen hat. Das Korruptionsproblem wurde in den Wachstumsjahren 2003/08 öffentlich wenig beachtet, weil es den Menschen allgemein besser ging, so dass sie die Empfindung hatten, dass nicht "zu viel" gestohlen wurde. Doch in der gegenwärtigen Rezession, in der viele Menschen ärmer geworden sind, und noch viele mehr sich in diesem Sinn bedroht fühlen, tritt die Korruption in den Vordergrund. Es ist politisch für die Regierenden peinlich, wenn Zeitungen und Fernsehen in letzter Zeit die genannten Korruptionsfälle, und noch weitere, breit treten, was sie tun müssen, um dem Wunsch ihrer Leser entgegen zu kommen. Das ist gut so; denn Ethik ist in jeder Gesellschaft, ganz besonders in einer modernen, unerlässlich. Aber Ethik allein löst die wirtschaftlichen Probleme nicht.

Staatsfinanzen mit strukturellem Defizit

Der Nationalstaat wies im Oktober ein echtes (offiziell als "finanziell" bezeichnetes) Defizit von \$ 1,83 Mrd. aus, das sich mit einem Überschuss von \$ 1,08 Mrd. im gleichen Vorjahresmonat vergleicht. Im September betrug das Defizit \$ 2,18 Mrd., was Wirtschaftsminister Boudou erlaubte, zu sagen, das Defizit habe im Oktober abgenommen. Ohne Berücksichtigung der Zinsen ergibt sich ein sogenannter primärer Überschuss von \$ 702,2 Mio., der um 73,1% un-

ter dem von \$ 2,61 Mrd. des gleichen Vorjahresmonats liegt, jedoch höher als der von nur \$ 223,2 Mio. vom September ist. In 10 Monaten 2009 ergaben die Staatsfinanzen ein Defizit von \$ 6,57 Mrd. und einen primären Überschuss von \$ 9,40 Mrd. Die gezahlten Zinsen betragen in dieser Periode \$ 15,97 Mrd. Nachdem die 2005 bei der Umschuldung festgesetzten Karenzfristen auslaufen und billige Schulden amortisiert und durch teure ersetzt werden, nimmt die Zinslast stän-

dig zu.

Die Einnahmen lagen im Oktober mit \$ 21,11 Mrd. um 5,7% über dem gleichen Vorjahresmonat, und die Ausgaben mit \$ 20,41 Mrd. um 17,5% höher. Der Rhythmus der Zunahme der Ausgaben hat sich spürbar verringert. Was die Staatsfinanzen im Oktober besonders belastet hat, ist die Zunahme der Zuwendungen an die Provinzen um 90% gegenüber dem Vorjahr, die mit 30% des Erlöses des Exportzoll auf Sojabohne finanziert

werden. Das erklärt zum Teil auch die geringe Zunahme der Staatseinnahmen. Die Ausgaben für Beamtengehälter sind ebenfalls gestiegen, einmal wegen der Erhöhungen, die ab dem 2. Halbjahr 2008 gewährt wurden, und dann weil die Angestellten der privaten Rentenkassen an den Staat übertragen wurden und jetzt Beamte sind.

Je mehr sich die Lage der Staatsfinanzen verschlechtert, umso dürftiger wird die Information des Schatzamtes, die nur eine oberflächliche Analyse erlaubt. Entweder lügt der Kirchner-Staat mit seinen Statistiken, oder er verheimlicht sie. Demokratisch ist dies auf alle Fälle nicht. Das Defizit wird durch kreative Buchhaltung verringert, u.a. durch Verzögerung der Zahlungen an Lieferanten, durch ZB-Vorschüsse (die aus Abwertungsgewinnen stammen, die reine Buchgewinne sind) u.a. Tricks.

Die Staatsfinanzen verschlechtern sich zunehmend. Im Dezember kommt das halbe zusätzliche Jahresgehalt hinzu ("medio aguinaldo"), das über \$ 2 Mrd. ausmacht. Gelegentlich wird es dann noch eine Gehaltserhöhung geben, von mindestens 15%, aber wahrscheinlicher 20%. Dann erfindet die Regierung ständig neue Sozialausgaben, wie die unlängst angekündigten Zuwendungen für Arbeitsgenossenschaften, die im Wesen reine Subventionen sind. Und schliesslich fallen die öffentlichen Investitionen ins Gewicht, die immer mehr Finanzierungsprobleme stellen, weil mehr Objekte in Angriff genommen wurden, als der Staat finanzieren kann, und auch nicht für eine höhere Finanzierung durch die Weltbank und die Interamerikanische Entwicklungsbank gesorgt worden ist.

Auf der anderen Seite ist in den kommenden Monaten mit einer Flaute bei den Einnahmen zu rechnen, weil die (niedrige) Ernte

von Getreide und Ölsaaten schon zum grössten Teil exportiert wurde, so dass ein sehr geringer Saldo verbleibt. Die Landwirte standen unter finanziellem Druck, u.a. weil der Bankkredit knapp ist. Somit muss man mit geringeren Einnahmen aus Exportzöllen rechnen. Ebenfalls wirkt sich die Rezession allgemein aus; und auch wenn die Wirtschaft sich jetzt leicht erholt, so wirken sich die schlechten Bilanzen weiter auf den Erlös der Gewinnsteuer aus. Das Defizit vom September und Oktober war somit keine Eintagsfliege: es ist eine Dauererscheinung mit steigender Tendenz.

Regierungsfreundliche Wirtschaftler weisen darauf hin, dass die grosse Welt ihre Ansicht über das Defizit der Staatsfinanzen geändert hat. In der Tat steuern die USA dieses Jahr auf ein Defizit von 12% des BIP zu, und europäische u.a. Staaten liegen über 5%. Das ist eine Folge der bewussten keynesianischen Konjunkturpolitik, bei der der Staat Banken u.a. Unternehmen mit hohen finanziellen Zuwendungen oder Krediten gestützt und zur Erholung aus der Krise verholfen hat. In diesem Sinn erklären die zuständigen hohen Beamten das lokale Defizit jetzt auch mit erhöhten Ausgaben für öffentliche Investitionen, um die Konjunktur zu stützen.

Gewiss hat ein Defizit, das durch Investitionen verursacht wird, eine andere Bedeutung als eines, das auf zu hohen laufenden Ausgaben fusst. In Deutschland besteht die Regel, abgesehen von der EU-Defizitgrenze von 3% des BIP (die jetzt allgemein nicht eingehalten wird), dass das Defizit den Betrag nicht übersteigen darf, der für Staatsinvestitionen aufgewendet wird. Wie weit das jetzt eingehalten wird, sei dahingestellt. Aber es ist ein rationelles Prinzip.

Der argentinische Fall unterscheidet sich

jedoch von denen der USA, der EU und anderer dadurch, dass jene Staaten das Defizit mit Ausgabe von Staatspapieren zu niedrigen Zinsen decken können. Der internationale Finanzmarkt ist sehr flüssig, wobei die Tatsache, dass die Banken sehr vorsichtig bei ihrer Kreditgewährung geworden sind (und lieber zu niedrigen Zinsen an gute Kunden statt zu hohen an schlechte leihen), dazu führt, dass Mittel vorhanden sind, die die Staaten zu niedrigen Zinsen aufnehmen und ausgeben. Ganz im Sinn von John Maynard Keynes!

Aber in Argentinien hat der Staat begrenzte Finanzierungsmöglichkeiten, weil er keinen Zugang zum internationalen Finanzmarkt hat, und wenn, dann nur zu absurd hohen Zinsen, die nicht annehmbar sein sollten, weil sie als Zeichen für ein baldiges Default ausgelegt werden. Der Staat leert nach und nach die AN-SeS-Kasse. Wenn er jedoch Pesos erhält und Dollarschulden zahlen muss, dann entsteht dabei Druck auf die ZB-Reserven.

Die logische Lösung des Problems besteht in einer höheren Beanspruchung der Weltbank und der Inter-amerikanischen Entwicklungsbank, die durchaus möglich ist. Aber das erfordert eben ein Abkommen mit dem Internationalen Währungsfonds, auch eine Regelung der Schulden mit dem Pariser Klub und den Holdouts, und Zeichen des guten Willens, um die zahlreichen Konflikte zu überwinden, die dem Weltbankschiedsgericht IC-SID vorliegen. Ein Vorschlag an die Holdouts ist jetzt in die Wege geleitet worden; aber es läuft alles viel zu langsam, wobei der sture Widerstand von NK, sich mit dem Fonds zu einigen, ein Hindernis für eine Gesamtlösung darstellt. Somit wird es zunehmend schwierig, das hohe Defizit der Staatsfinanzen zu decken, das zu der Amortisation der bestehenden Staatsschuld hinzukommt.